# Der Abwehrkampf der mitteldeutschen Arbeiter 1921

## Ursachen und Vorbereitung der Märzprovokation

Es war im Mai 1920, wenige Monate nach dem Scheitern des Kapp-Lüttwitz-Putsches. Erneut beschäftigten sich führende Vertreter der Großbourgeoisie und des Staatsapparates mit Plänen, wie sie die in der Novemberrevolution 1918/19 errungenen demokratischen Freiheiten und sozialen Rechte der Arbeiterklasse weiter beschneiden und die Lasten der Weltkriegsniederlage noch stärker auf die Werktätigen abwälzen könnten. Seit Mitte 1920 verschärften sie den ökonomischen und politischen Druck auf die Mehrheit des Volkes. So schränkte eine ansteigende Geldentwertung die als verbindlich erklärten Tarifverträge, die garantierte Arbeitslosenunterstützung und andere soziale Rechte erheblich ein. Zugleich stiegen die Preise für Lebensmittel, Kleidung und Brennmaterial schneller als die Löhne, Gehälter und Renten.

Politisch ging die Reaktion in Deutschland — im Einklang mit einer auch international erkennbaren Tendenz — verstärkt zu Angriffen auf die demokratischen Errungenschaften über. Dieser Trend widerspiegelte sich unter anderem in einem zunehmenden Einfluß nationalistischer und militaristischer Kreise im gesellschaftlichen Leben. Militaristische Verbände wurden immer aktiver. Im Mai 1920 entstand in Bayern die Organisation Escherich, eine weitgehend illegale Tarn- und Auffangorganisation für die im April 1920 aufgelösten Einwohnerwehren. Der Organisation Escherich, kurz Orgesch genannt, gehörten um die Jahreswende 1920/21 etwa eine Million Mitglieder an, die zum großen Teil über Waffen verfügten.

Der deutsche Imperialismus konnte 1920 seine politischen Positionen weiter ausbauen. Zwei der großbürgerlichen Parteien, die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei, gewannen in den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 gegenüber den Wahlen vom 19. Januar 1919 annähernd drei Millionen Stimmen hinzu und erhielten insgesamt rund siebeneinhalb Millionen Stimmen. Gleichzeitig beunruhigte sie aber die Tatsache, daß die USPD mit 4,9 Millionen Stimmen zweitstärkste Fraktion im Reichstag wurde. Für die KPD, die auf Beschluß ihres 4. Parteitages vom April 1920 erstmals an den Parlamentswahlen teilgenommen hatte, stimmten 440 000 Wähler. Diese Stärkung der revolutionären Kräfte kulminierte im Dezember 1920 in der Vereinigung der USPD (Linke) mit der KPD zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD). Der Zentrismus, der jahrelang der deutschen Arbeiterbewegung mit seiner schwankenden Politik erheblichen Schaden zugefügt hatte, erlitt dadurch eine schwere Niederlage. Mit der Bildung der VKPD wurde ein wichtiger Schritt zur Wiederherstellung der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung auf revolutionärer Grundlage getan. Die Kommunistische Partei war bereits eine Massenpartei geworden, der mehr als 300 000 Mitglieder angehörten, die allerdings politisch und ideologisch noch keine Einheit bildeten.

Ein Ergebnis dieser Entwicklung bestand in der in breiten Kreisen der deutschen Monopolbourgeoisie wachsenden Furcht vor dem weiteren Erstarken der revolutionären Arbeiterbewegung, dem für sie größten Hindernis bei der Durchsetzung ihrer Politik. Deren hauptsächliche Ziele waren: der Abbau bzw. die Beseitigung der Errungenschaften der Novemberrevolution, das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und letztlich der Revanchekrieg. Möglichst rasch wollten sie deshalb einen empfindlichen Schlag gegen die revolutionären Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung führen. Dabei berücksichtigte die Monopolbourgeoisie die Erfahrungen des gescheiterten Kapp-Lüttwitz-Putsches 1920, die besagten, daß ein Frontalangriff gegen die revolutionäre Bewegung in Deutschland zu dieser Zeit nicht möglich war. Sie entschloß sich deshalb, in erster Linie gegen die Vorhut dieser Kräfte, die VKPD, vorzugehen.

Als Ziel des Angriffs wurde der Regierungsbezirk Merseburg ausgewählt, da dieser zu den Zentren der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zählte und sich dort günstige Bedingun-

gen für die Auslösung einer Provokation boten. Im Regierungsbezirk Merseburg erfaßte die VKPD mit ihren fast 30 000 Mitgliedern jeden siebenten Arbeiter. In wichtigen Gewerkschaftsverbänden, wie dem Bergarbeiter-, Bauarbeiter- und Zimmererverband, stellte sie den Vorsitzenden. Außerdem hatte die VKPD zahlreiche Vertreter in Stadtverordneten- und Gemeindeversammlungen, in Kreistagen und im Provinziallandtag. Sie konnte bei den Wahlen zum preußischen Landtag im Februar 1921 im Regierungsbezirk Merseburg fast 30 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen. Besonders beunruhigt zeigte sich die Reaktion darüber, daß es ihr seit der Novemberrevolution 1918/19 in diesem Gebiet nicht gelungen war, die Werktätigen vollständig zu entwaffnen.

Im Regierungsbezirk Merseburg war die Arbeiterklasse stark vertreten. Zu den Arbeiterzentren zählten vor allem der Mansfelder Gebirgskreis, die Stadtkreise Eisleben und Halle sowie die Kreise Delitzsch, Bitterfeld und Merseburg. In diesen sechs der insgesamt dreizehn Kreise des Regierungsbezirkes konzentrierten sich große Teile bedeutender Industriezweige Deutschlands, so des Kupfererzbergbaus, des Braunkohlentagebaus und der Chemieindustrie.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1920 unternahmen führende Politiker und Militärs erste gemeinsame Schritte zur Vorbereitung einer bewaffneten Provokation gegen die mitteldeutschen Arbeiter. Im Auftrag des preußischen Innenministers, Carl Severing, der seit 1893 der SPD angehörte und zum rechten Flügel der Partei zählte, berief der Oberpräsident der preußischen Provinz Sachsen, Otto Hörsing, hierzu mehrere Beratungen ein. Hörsing war fast ebensolange Mitglied der SPD wie Severing, vertrat opportunistische sowie sozialchauvinistische Auffassungen und übte sein Amt seit 1920 aus. An den von ihm organisierten Besprechungen nahmen Vertreter zentraler ziviler Institutionen der Provinz Sachsen teil, so die Regierungspräsidenten und Landräte der Regierungsbezirke Erfurt, Magdeburg und Merseburg.

Carl Severing und Otto Hörsing kamen damit den Wünschen einflußreicher mitteldeutscher Monopolkapitalisten nach, die mehrfach gefordert hatten, im Regierungsbezirk Merseburg endlich »Ordnung« zu schaffen. Sie befolgten mit ihren Aktivitäten jedoch auch Anregungen und Forderungen führender Militärs



aus dem Reichswehrministerium von Anfang 1920. In mehreren Schreiben an den Reichspräsidenten, Reichskanzler, Reichsminister des Innern und preußischen Ministerpräsidenten hatte die Heeresleitung ein bewaffnetes Vorgehen gegen die mitteldeutschen Arbeiter verlangt. Motiviert wurde dies damit, daß in Mitteldeutschland angeblich ein »kommunistischer Putsch« vorbereitet würde.

Detailliert entwickelte die Reichswehrführung ihre Ansichten in den »Richtlinien für eine eventuell erforderliche Säuberungsaktion in Mitteldeutschland«, die im Juni 1920 an zentrale Zivilbehörden verschickt wurden. Ausgehend von den darin enthaltenen Hauptgedanken, erließen die Kommandeure der Reichswehrbrigaden 12 und 16 mehrere Befehle, die den Einsatz von Reichswehrformationen unter den Stichworten »Operation Halle«, »Nibelungenlied« und »Götterdämmerung« zur Abriegelung und »Säuberung« des mitteldeutschen Raumes vorsahen.

Noch unter dem Eindruck der machtvollen Aktionen der Werktätigen gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch stehend, empfahlen die Militärs, vor allem ein einheitliches Handeln der Arbeiter zu verhindern. Deshalb sollte die geplante Aktion politisch sorgfältig vorbereitet werden. Darunter verstand die Reichswehrführung vor allem, verleumderische »Gründe« für den beabsichtigten Unterdrückungsfeldzug im Regierungsbezirk Merseburg zu propagieren, die von der Mehrheit des deutschen Volkes als glaubwürdig akzeptiert würden.

Ende 1920 begann die reaktionäre Presse mit der massenpsychologischen Einstimmung der Bevölkerung auf die vorgesehene Provokation. Groß aufgemacht erschienen in der Mehrzahl der Zeitungen der Provinz Sachsen und später auch in zentralen Presseorganen verleumderische Berichte über angebliche »Putschpläne der KPD«. Zugleich versuchte man der Bevölkerung weiszumachen, in Mitteldeutschland herrsche eigentlich ein gesetzloser Zustand, ein Chaos. Die reaktionären Journalisten bauschten Einzelfälle aus Not und Hunger verübter Felddiebstähle zu einer Massenerscheinung auf. Betriebsdirektoren erklärten das bisherige Gewohnheitsrecht, Holzabfälle aus dem Bergbau mitzunehmen, plötzlich zu kriminellen Handlungen.

Die Furcht vor eventuellen einheitlichen Abwehraktionen der mitteldeutschen Arbeiter bestimmte die Diskussion in der Re-

gierung darüber, welche bewaffneten Kräfte im Regierungsbezirk eingesetzt werden sollten: Reichswehr oder die 1920 geschaffenen kasernierten Schutzpolizeiformationen. Die Entscheidung fiel zugunsten der Schutzpolizei aus. Führende Politiker und Militärs glaubten, hierdurch ihrer Provokation den Anstrich einer »normalen« Polizeiaktion geben und damit den einheitlichen Widerstand der Arbeiter verhindern zu können. Auch spielte dabei der Gedanke, die Reichswehr möglichst aus den inneren Auseinandersetzungen herauszuhalten, eine wichtige Rolle. Starke Polizeikräfte, geschaffen nach der Novemberrevolution, waren dafür vorgesehen. Die Armee sollte sich nicht im Einsatz gegen die Arbeiter »verschleißen«, sondern sich voll auf die Vorbereitung des Revanchekrieges konzentrieren können. Im Innern fiel ihr deshalb — nach den Vorstellungen maßgeblicher Militärs — lediglich die Rolle einer Ultima ratio, des äußersten und letzten Gewaltmittels, zu.

Mit dieser Arbeitsteilung bei der inneren Absicherung der imperialistischen Machtverhältnisse entsprachen die herrschenden Kreise in Deutschland einer seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 wirkenden Tendenz imperialistischer Machtausübung, die sich in Tempo und Gewalt national unterschiedlich durchsetzte. Aus diesem Grund schufen sie 1919 die Sicherheitspolizei. Erst als die imperialistischen Siegermächte 1920 das Verbot der etwa 100 000 Mann starken und mit schweren Waffen ausgerüsteten Sicherheitspolizei erzwungen hatten, bildeten sie die Schutzpolizei. Personelle Stärke, Struktur, Ausrüstung, Bewaffnung und Dislozierung versetzten die nunmehr auf Länderebene organisierte Schutzpolizei, insbesondere ihre kasernierten Hundertschaften, in die Lage, die Reichswehr bei lokalen Klassenauseinandersetzungen im Innern weitgehend zu entlasten. Auch die Schutzpolizei umfaßte fast 100 000 Mann, von denen jeder Dritte mit einem Gewehr oder Karabiner und jeder Zwanzigste mit einer Maschinenpistole bewaffnet war. Auf 1 000 Polizisten entfiel ein Panzerkraftwagen. Der geplante Polizeieinsatz bot die Möglichkeit, die Schlagkraft der neugebildeten kasernierten Schutzpolizei erstmals im »Ernstfall« zu überprüfen und, im Unterschied zur Reichswehr, ihn eventuell auch ohne Verkündigung des Ausnahmezustandes durchzuführen. Angesichts dieser Argumente mußten letztlich auch diejenigen Militärs nachgeben,



die ein bewaffnetes Vorgehen in Mitteldeutschland als vorrangige Angelegenheit der Reichswehr angesehen hatten.

Anfang 1921 wurden die Beratungen über die Auslösung der Provokation fortgesetzt und traten in ihr entscheidendes Stadium ein. Das wird schon daraus ersichtlich, daß außer Vertretern zentraler Behörden der preußischen Provinz Sachsen auch solche von Behörden des Reiches und Preußens an den Absprachen teilnahmen. Außerdem wurde der Kreis der Beteiligten durch einige Bürgermeister und Betriebsdirektoren aus dem Regierungsbezirk Merseburg erweitert. Die Teilnehmer der Tagungen einigten sich im Einverständnis mit dem preußischen Innenminister Carl Severing schließlich darauf, mit der Provokation kurz vor dem Osterfest zu beginnen. Sie hofften, auch durch diese Terminfestlegung eventuellen Gegenaktionen der Arbeiter die Spitze abbrechen zu können. Zugleich sollte die Ausweitung des Aktionsgebiets über den Mansfelder Gebirgs- und Seekreis hinaus auf den Stadtkreis Eisleben sowie die Kreise Merseburg und Querfurt des Regierungsbezirks Merseburg die Wirksamkeit des Vorgehens erhöhen.

Seit Beginn des Jahres 1921 verstärkten die imperialistischen Propagandaorgane ihre Aktivitäten zur Vorbereitung der Provokation. Sie griffen dabei immer wieder auf die bereits strapazierte Lüge vom bevorstehenden »Kommunistenputsch« zurück. Dazu lieferte ihnen ein am 13. März begangener »Sprengstoffanschlag« auf die Siegessäule in Berlin willkommene Schlagzeilen. Anarchistische Kräfte hatten an dieser Säule ein »zufällig« in die »Hettstedter Zeitung« eingewickeltes Sprengstoffpaket abgelegt. Und der Anstifter des Attentatsversuchs Wilhelm Hering — ein zweifelhafter Abenteurer — bezeichnete sich als militärischen Leiter der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) in Mitteldeutschland.

Die KAPD, die sich im April 1920 als linkssektiererische Splitterpartei konstituiert hatte, war aus der linksradikalen Opposition auf dem Heidelberger Parteitag der KPD (Oktober 1919) entstanden. Diese Oppositionellen hatten die Leitsätze zur politischen Arbeit in den Parlamenten und Gewerkschaften sowie die Verurteilung linksradikaler Aktionen abgelehnt und wurden daraufhin von dem weiteren Verlauf des Parteitages ausgeschlossen. Da dieser Beschluß gefaßt wurde, ohne die Fehlerhaftigkeit dieses oppo-

sitionellen Standpunktes zu erläutern, unterlagen viele linksradikal gestimmte Kommunisten dem Einfluß parteifeindlicher kleinbürgerlicher Intellektueller. Die KAPD erfaßte bei der Gründung etwa ein Drittel aller Mitglieder der KPD, für die sich daraus vorübergehend eine spürbare Schwächung ergab. Alle Versuche der Kommunistischen Internationale und der KPD, die vorwiegend proletarischen Mitglieder der KAPD wieder mit der KPD zu vereinen, schlugen zunächst fehl. Bedingt war das durch ihre oftmals verzweifelte Lebenslage und das Ausmaß der Unterdrückung, die sie daran hinderten, die ideologische Klarheit und politische Geduld für einen langen und mit Kleinarbeit ausgefüllten Kampf um die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse aufzubringen. Diese Vereinigungsversuche hatten erst Erfolg, als sich die KAPD durch die abenteuerliche Politik ihrer Führung bis Ende 1921 faktisch zu einer politischen Sekte entwickelte.

Auf die zu »Aktionen« drängenden Funktionäre der KAPD zählte der Oberpräsident der Provinz Sachsen auch, als er am 16. März 1921 in seinem Aufruf »An die Bevölkerung des Industriereviers im Regierungsbezirk Merseburg!« den Einmarsch von Polizeihundertschaften in dieses Gebiet bekanntgab. Demagogisch begründete er dieses Vorhaben mit den weitgehend aus der Luft gegriffenen Vorwürfen von »wilden Streiks, Raub und Plünderungen ..., Banden-, Einzeldiebstählen, Terror, Sachbeschädigungen, Erpressungen und Körperverletzungen«. Zweck dieses Aufrufs war somit ebenfalls, ein Bild massenhafter, anhaltender Gesetzesverletzungen und an Chaos grenzender Zustände in diesem Regierungsbezirk zu zeichnen, um daraus die Notwendigkeit ableiten zu können, »im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung« Polizeihundertschaften einmarschieren zu lassen.

In dieser äußerst zugespitzten Situation hatte es die VKPD nicht leicht, eine den objektiven Bedingungen in Deutschland entsprechende Politik auszuarbeiten. Sie bemühte sich in voller Übereinstimmung mit den Empfehlungen des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale vom Sommer 1920, den Kampf um die Massen immer mehr in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit zu rücken. Führende Funktionäre der Partei erkannten, welche entscheidende Bedeutung dabei die Aufstellung konkreter Tagesforderungen und das Ringen um die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse besaß. Ihrem Einfluß zu verdanken war der »Offene Brief« vom 7. Januar 1921 an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, an die Allgemeine Arbeiterunion, die Freie Arbeiterunion (Syndikalisten), die SPD, USPD und die KAPD. Er ging aus von dem starken Willen vieler Werktätiger nach gemeinsamen Handlungen zur Abwehr der inflationistischen Folgen und der Arbeitslosigkeit. Die VKPD unterbreitete unter anderem folgende Vorschläge für gemeinsame Aktionen: einheitliche Lohnkämpfe zur Sicherstellung der Existenz der Arbeiter, Angestellten und Beamten; einheitliche Regelung und Erweiterung der Arbeitslosenbezüge; Beschlagnahme von Wohnräumen für Bedürftige; sofortige Entwaffnung und Auflösung konterrevolutionärer, paramilitärischer Formationen und Bildung proletarischer Selbstschutzformationen in allen deutschen Ländern und Gemeinden; sofortige Aufnahme von Handels- und diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland.

Die Erfüllung dieser Forderungen, so betonte die VKPD, könne die Ursachen von Not und Bedrohung der Werktätigen nicht beseitigen. Daher sei der Kampf um die Dikatur des Proletariats als Endziel notwendig. Doch jetzt gehe es um die gemeinsame Lösung der nächsten Aufgaben. Mit ihrem Appell zur Aktionseinheit an alle Arbeiter und ihre Organisationen leitete die VKPD eine qualitativ neue Phase im Ringen um die Schaffung einer einheitlichen Kampffront der Arbeiterklasse ein, schuf sie damit die Möglichkeit zur Herstellung ihrer Einheitsfront, ohne die ein erfolgreicher Kampf gegen den Imperialismus nicht möglich ist.

Der »Offene Brief« fand bei Hunderttausenden von Werktätigen Zustimmung. Doch führende Funktionäre der VKPD überschätzten den erreichten Grad des Einflusses der Partei und die Bereitschaft der Werktätigen, für eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse einzutreten. Sie sprachen sich deshalb für Aktionen aus, unabhängig davon, ob die Bedingungen dafür vorhanden waren. W. I. Lenin hatte auf die Schädlichkeit dieser auch in der internationalen Arbeiterbewegung erkennbaren Ansichten bereits in seinem im Juni 1920 erschienenen Werk »Der ›linke Radikalismus‹, die Kinderkrankheit im Kommunismus« hingewiesen. Seine Ratschläge erhielten im Frühjahr 1921 ein beson-

deres Gewicht, denn das Streben nach Aktionen um der Aktionen willen schuf einen günstigen Boden für die von den herrschenden Kreisen beabsichtigten Provokationen und machte es der Arbeiterklasse sehr schwer, sie abzuwehren.

Am 17. März, einen Tag nach der Ankündigung des Polizeieinmarsches durch Otto Hörsing, tagte der Zentralausschuß der VKPD. Thema war selbstverständlich die Abwehr der zu erwartenden Provokation. Doch seine Aufforderung, aus diesem Abwehrkampf zum Sturz der Regierung überzugehen, entsprach nicht der realen Klassenkampfsituation. Ein solches Ziel konnte nicht die Grundlage für die jetzt noch dringender gewordenen gemeinsamen Aktionen aller Arbeiterparteien und der Gewerkschaften bilden und widersprach auch den im »Offenen Brief« gestellten konkreten Aufgaben, die zum Teil, wie der Kampf um die Erhöhung der Löhne und Gehälter, vom Zentralausschuß aufrechterhalten wurden.

Der Zentralausschuß faßte zum weiteren Verhalten der Bezirksleitung der VKPD Halle-Merseburg keine verbindlichen Beschlüsse. Er empfahl aber ausdrücklich, daß die Bezirksleitung erst dann den Generalstreik ausrufen und aus diesem zur Bewaffnung der Arbeiter übergehen sollte, wenn Polizeieinheiten Betriebe und Gruben besetzen würden. Dieser Hinweis war jedoch angesichts der Empörung vieler Werktätiger über ihre verzweifelte Lebenslage und der unterschiedlichen Auffassungen unter den Funktionären der VKPD über die Formen des Widerstands gegen den Polizeieinmarsch nur schwer zu verwirklichen. Am 19. März veröffentlichte die Bezirksleitung der VKPD Halle-Merseburg einen Aufruf »An die Arbeiterschaft Mitteldeutschlands!«, in dem sie den Empfehlungen des Zentralausschusses folgte.

An diesem Tag befand sich die gesamte Schutzpolizei der preußischen Provinz Sachsen bereits in Alarmbereitschaft und traf die letzten Vorbereitungen für ihr Einrücken in die vorgesehenen Räume des Regierungsbezirks Merseburg. Polizeimajor Folte, Kommandeur der Schutzpolizei Magdeburg, hatte den Befehl, mit 3 Polizeihundertschaften Hettstedt zu besetzen (»Unternehmen Kohlensache«). Polizeimajor Fendel-Sartorius, Kommandeur der Schutzpolizei Halle, bekam die Order, mit 5 Polizeihundertschaften den Raum um Schafstädt, Merseburg, Ammendorf und Teutschenthal abzuriegeln (»Unternehmen Frühjahrsreise«).



Diese Aktionen stützten sich ausschließlich auf die im Regierungsbezirk stationierten Polizeikräfte. Nach dem geplanten Einsatz der 8 Hundertschaften standen weitere 14 in Reserve. Den insgesamt 22 Hundertschaften, 21 zu Fuß und eine berittene, gehörten 83 Polizeioffiziere und 2425 Polizeiwachtmeister an. Im Durchschnitt führte jede Hundertschaft als Bewaffnung ein Maschinengewehr und 4 Maschinenpistolen mit. Durch Abgaben anderer Hundertschaften konnte fast jeder Beamte zusätzlich zu seiner Pistole mit einem Karabiner ausgerüstet werden.

Die in der Nähe des Aktionsgebiets dislozierten Reichswehrformationen wurden in Alarmbereitschaft versetzt, um jederzeit eingreifen zu können. Ihre sogenannte Rückhaltefunktion für die operierenden Polizeihundertschaften diente zugleich auch der Abriegelung des Kampfgebiets gegen eventuell den Mansfelder Kumpeln aus anderen Industriegebieten zu Hilfe eilende Arbeiter. Diese Aufgaben hatten vor allem Einheiten und Truppenteile der Reichswehr, die im oder in der Nähe des Regierungsbezirks Merseburg stationiert waren, zu erfüllen.

## Widerstand von Arbeiterformationen im Mansfelder Gebiet

Unter Führung des Polizeimajors Folte marschierten am 19. März 1921, gegen 10 Uhr, in Eisleben 3 Polizeihundertschaften ein – die 2. aus Magdeburg sowie die 3. und die 7. aus Erfurt. Damit begann die lange zuvor geplante Provokation gegen die Werktätigen des Regierungsbezirks Merseburg. Fast zeitgleich drangen 2 Hundertschaften – die 1. aus Eilenburg und die 5. aus Halle – in Hettstedt ein. Mit Bedacht hatte die Polizeiführung zuerst diese beiden Orte besetzen lassen, denn sowohl in Eisleben als auch in Hettstedt besaßen die revolutionären Kräfte bedeutenden Einfluß.

Der Einzug der Polizeihundertschaften stieß bei der Mehrheit der Bevölkerung von Anbeginn auf Ablehnung, steigerte deren Unmut über die sich verschlechternde Lebenslage und die Schikanen der Gruben- und Betriebsdirektoren. In Hettstedt protestierte die Stadtverwaltung gegen die Einquartierung von Polizisten in zwei Schulen. Im Mansfelder Gebirgskreis lehnte die

Mehrheit des Kreistages die Polizeiaktion in einer Entschließung entschieden ab. Vertreter der Eislebener Arbeiter übergaben Polizeimajor Folte ein Schreiben mit der Forderung, die in die Stadt eingedrungenen Polizisten sofort wieder abzuziehen.

Doch die Führung des Polizeieinsatzes ignorierte diese verantwortungsbewußten Bemühungen, Blutvergießen zu vermeiden. Sie spekulierte darauf, daß die Erregung großer Teile der Bevölkerung weiter anwachsen würde, und auf die sich daraus möglicherweise entwickelnden spontanen Auseinandersetzungen. In dieser Absicht schlug Major Folte in einem Telegramm vom 20. März 1921 an den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vor, »daß es sich empfiehlt, mit dem Einsatz noch bis Dienstag (22.3.) mindestens zu warten«. Daß die Polizeiführung mit einem Ausbrechen bewaffneter Zusammenstöße rechnete, verdeutlicht auch einer ihrer Befehle vom 20. März 1921, zusätzlich eine Polizeiabteilung, bestehend aus 15 Polizeioffizieren, 362 Polizeiwachtmeistern, 15 Lastkraftwagen und 5 Personenkraftwagen, eiligst aus Berlin heranzubefördern, um mit ihr die Gruppe Fendel-Sartorius zu verstärken.

Viele Arbeiter reagierten noch am 19. März auf die Polizeiprovokation. In Eisleben, Halle, Leuna und anderen Orten des Regierungsbezirks fanden Protestversammlungen statt. Am späten Abend trafen sich in Eisleben etwa 200 Mitglieder der VKPD, revolutionärer Betriebsräte und des örtlichen Gewerkschaftskartells – einem Zusammenschluß der einzelnen Ortsverwaltungen bzw. Zweigstellen verschiedener Gewerkschaften – und riefen für den 21. März den Generalstreik aus. Sie wählten einen zentralen Aktionsausschuß, an dessen Spitze Josef Schneider stand. Dieser war bis zur Vereinigung des linken Flügels der USPD mit der KPD Sekretär der USPD-Leitung des Mansfelder Gebiets gewesen und arbeitete als Redakteur an der von ihm mitbegründeten »Mansfelder Volkszeitung«, die seit Ende 1920 zu den drei Tageszeitungen der VKPD in diesem Gebiet gehörte. Mit ihrem raschen Reagieren entsprachen die Versammelten der Stimmung zahlreicher Werktätiger. Doch war diese Aktion nicht mit der Bezirksleitung der VKPD abgestimmt.

Die Bezirksleitung aber riet nach Bekanntwerden des Beschlusses, mit dem Generalstreik noch zu warten und gewaltsame Auseinandersetzungen mit Schutzpolizisten zu vermeiden. Da die



Abwehrbewegung jedoch spontan anwuchs und immer mehr Werktätige erfaßte, stimmte auch sie in Absprache mit der Zentrale der Partei prinzipiell dem Generalstreik zu und bekräftigte ihre Haltung zu dem »Aufruf an die Arbeiter Mansfelds!«, der in den Morgenstunden des 21. März erschien und auch von dem Kreisgewerkschaftskartell und der Streikleitung unterzeichnet war.

In großer Zahl befolgten die Werktätigen des Mansfelder See- und Gebirkgskreises diesen Aufruf. Bereits in den nächsten Tagen schlossen sich fast 150 000 Arbeiter, Landarbeiter und Angestellte des Regierungsbezirks Merseburg dem Streik an. Dem Willen dieser Werktätigen zuwiderhandelnd, verurteilten die Führungen der SPD und der USPD jegliche Abwehrmaßnahmen, also auch den Generalstreik, gegen die Provokation und bemühten sich, alle unter ihrem Einfluß Stehenden von gemeinsamen Abwehraktionen abzuhalten. Sie sprachen von »übertriebenem Lärm« der VKPD und unterstellten ihr, die angeblich zu Recht einmarschierten Polizeihundertschaften zu provozieren. Die Führungen der SPD und der USPD berücksichtigten mit dieser Haltung nicht die Meinung vieler Mitglieder im Regierungsbezirk Merseburg, die sich von dem Polizeieinmarsch distanzierten und dies auch in Zuschriften an die Bezirkszeitungen der SPD »Volksstimme« und der USPD »Volkszeitung« in jenen Tagen zum Ausdruck brachten.

Am Abend des 22. März führte der zentrale Aktionsausschuß von *Eisleben* im Volkshaus eine Protestversammlung gegen den Einmarsch der Schutzpolizeiformationen durch. Einmütig lehnten die Anwesenden die Provokation ab. In dieser erhitzten Stimmung wirkte das herausfordernde Vorgehen von Polizisten nach Kundgebungsschluß gegenüber Teilnehmern der Veranstaltung wie der sprichwörtliche Funke im Pulverfaß. Es entwickelten sich Handgreiflichkeiten, in denen die Polizisten zu den Waffen griffen, eine Person töteten und mehrere Veranstaltungsteilnehmer verletzten.

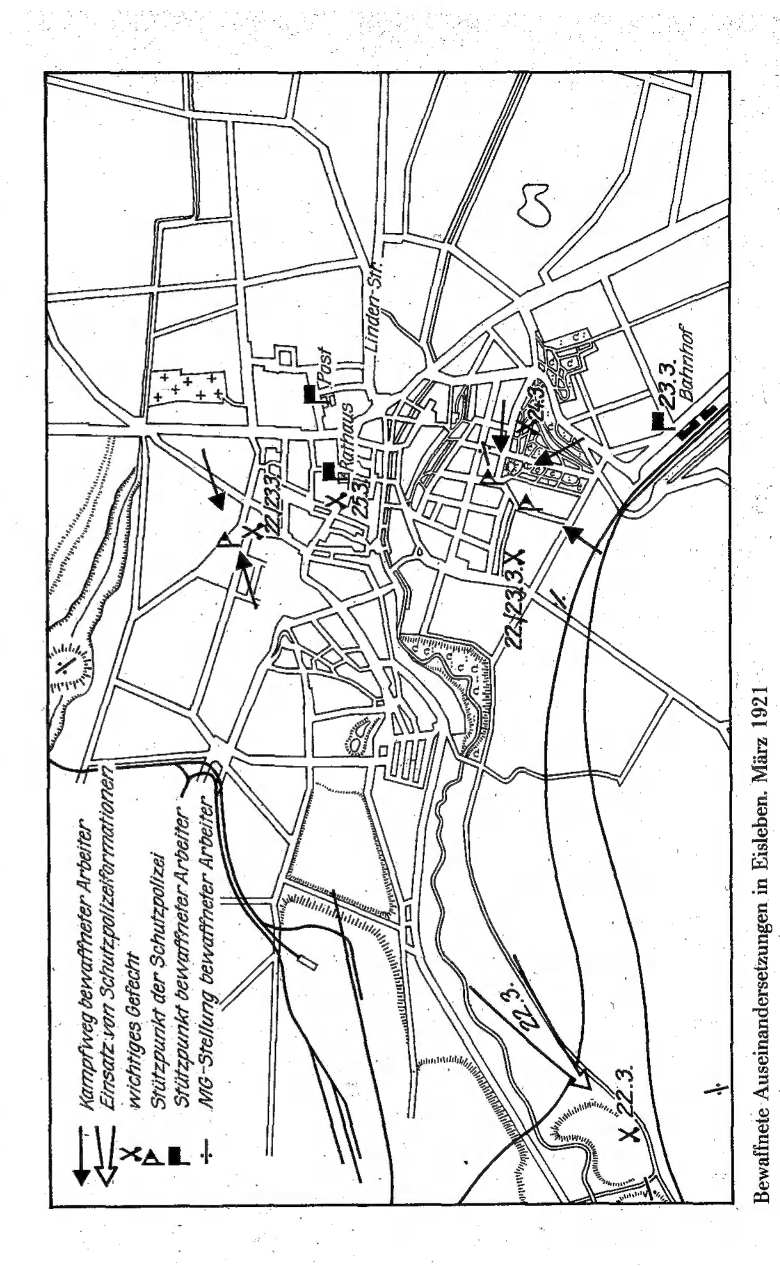
Die Nachricht von diesen Ereignissen verbreitete sich in Windeseile. In mehreren Orten des Mansfelder Gebiets entstanden bewaffnete Arbeitergruppen. Eine dieser Gruppen formierte sich in *Wolferode*. Sie setzte sich aus Werktätigen der Orte Bischofrode, Bornstedt, Eisleben, Osterhausen und Wolferode zusam-

men und umfaßte bald über 100 Mann, darunter viele junge Arbeiter. Allein die Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes aus Wolferode beschafften unter der Leitung von Karl Thiele fast 200 Gewehre und 2 Maschinengewehre, die sie unter Einsatz ihres Lebens Angehörigen von Kriegervereinen, Großbauern und anderen reaktionären Kräften wegnahmen, nachdem sie die Waffen mit großer Findigkeit aufgespürt hatten. An der Spitze der Wolferoder Gruppe stand Otto Hennig. Zahlenmäßig kleiner war die Wimmelburger Gruppe, deren Mitglieder vor allem aus Kreisfeld, Eisleben und Wimmelburg stammten.

Diese beiden Gruppen verfolgten das Ziel, die Polizeiformationen möglichst rasch aus *Eisleben* und deshalb zunächst aus ihren Stützpunkten — dem Lehrerseminar und der Mädchenvolksschule — zu vertreiben. Die Inbesitznahme dieser beiden Gebäude war auch daher von Bedeutung, weil die massiven Bauten auf Anhöhen standen, von denen man die Stadt gut überschauen und unter Beschuß nehmen konnte. Angesichts ihrer Unterlegenheit an Zahl und Bewaffnung beschlossen die Gruppenführer der Arbeiterformationen, die ausgewählten Polizeiunterkünfte in der Nacht anzugreifen. Sie wollten den Gegner überraschen und ohne größere Verluste möglichst dicht an die Objekte herankommen. Die Gruppenführer hofften, daß die Größe der Gebäude — das Lehrerseminar war ein dreistöckiges, etwa 100 Meter langes Bauwerk —, deren etwas gesonderte Lage sowie der Schutz der Dunkelheit ihren Angriff begünstigen würden.

In der Nacht zum 23. März 1921 näherten sich gegen 2.30 Uhr etwa 50 bewaffnete Arbeiter der Wolferoder Gruppe dem Lehrerseminar vom Stadtpark her. Ihr Vorgehen wurde unterstützt von den Bedienungen zweier Maschinengewehre. Ein Maschinengewehr hatten die Arbeiter etwa 50 Meter vor dem Eingang des Seminars auf dem Scherpelberg, das andere 300 Meter hinter dem Gebäude an einem Bahndamm in Stellung gebracht. Die Maschinengewehrbedienungen sollten die Vorder- und Hinterfront kurz vor dem Angriff der Arbeiter unter Beschuß nehmen, um dadurch die Besatzung im Gebäude niederzuhalten. Dieser Plan ließ sich jedoch nur zum Teil verwirklichen, da Polizeiposten die herankommenden Angreifer bemerkten. Das Abwehrfeuer der Polizisten stoppte das weitere Vordringen. Den Arbeitern gelang es lediglich, die Außenposten der Polizei zum






Bewaffnete Auseinandersetzungen in Eisleben. März 1921

Rückzug in das Seminargebäude zu zwingen. Der Vorstoß gegen die Mädchenvolksschule brachte ebenfalls nicht das gewünschte Ergebnis. Auch dort konnten die Polizisten ihre Positionen behaupten.

Dennoch wirkten sich die Angriffe der Arbeiter positiv auf den weiteren Abwehrkampf der Eislebener Werktätigen aus. Allein die Tatsache, daß erstmals ein größerer Vorstoß bewaffneter Arbeiter gegen Polizeihundertschaften im Mansfelder Gebiet stattgefunden hatte, stärkte ihren Widerstandswillen.

Die Polizisten wagten sich zunächst kaum noch aus ihren Stützpunkten heraus, was es wiederum den Arbeitern erleichterte, größere Teile der Stadt zu kontrollieren. Sie besetzten den Bahnhof, die Ziegelei und andere wichtige Punkte Eislebens. Als sehr wirkungsvoll für den weiteren Kampf der Arbeiter erwies sich ihr Entschluß, auf den Halden und Höhenzügen am Stadtrand Maschinengewehre in Stellung zu bringen. Die Arbeiter konnten von diesen die Umgebung beherrschenden Höhen aus gegnerische Bewegungen frühzeitig erkennen und auch bekämpfen. Die Polizeihundertschaften in Eisleben befanden sich vorübergehend in der Defensive. Ihr Handlungsraum war beträchtlich eingeschränkt worden.

Deutlich zeigte sich das, als der Direktor des Otto-Schachts den Kommandeur der Polizeihundertschaften, Polizeimajor Folte, bat, 5 Lastkraftwagen und einige Personenkraftwagen, die sich auf dem Schachtgelände befanden, in Gewahrsam zu nehmen, damit diese Fahrzeuge nicht eventuell in die Hände der Arbeiter fallen könnten. Zunächst gelang es am 23. März, gegen 8.30 Uhr, etwa 20 Schutzpolizisten, den von den Arbeitern um ihren Stützpunkt gelegten Ring zu durchbrechen. Doch als die Polizisten die Kraftfahrzeuge auf dem Gelände des Otto-Schachts I und IV (am westlichen Ortsausgang der Stadt) sicherstellen wollten, erhielten sie von der Höhe 238, südöstlich der Schächte, und von den umliegenden Halden Maschinengewehr- und Gewehrfeuer, das sie zwang, auf dem Schachtgelände in Deckung zu gehen. Gegen 10 Uhr bemühte sich dann ein Zug Polizisten, dem es ebenfalls gelungen war, durchzubrechen, die Eingeschlossenen zu befreien. Heftiges Maschinengewehr- und Gewehrfeuer brachte sie aber etwa 800 Meter vor dem Eingang zum Schachtgelände zum Stehen. Die Kämpfe zogen sich bis



zum Nachmittag hin. Erst dann glückte es den auf dem Schachtgelände befindlichen Polizisten, sich mit den anderen Polizisten, die vor den beiden Schächten in Stellung gegangen waren, zu vereinigen und sich dann in ihre Unterkunft zurückzuziehen. Sie verloren in diesen Kämpfen 4 Tote und 4 Gefangene, darunter ein Zugführer, 5 Polizisten wurden verletzt.

Trotz des erbitterten Kampfes entließen die Arbeiter die eben erst gemachten Gefangenen mit der Aufforderung an Major Folte, mit seinen Hundertschaften Eisleben zu verlassen. Doch Folte beantwortete diese großzügige Geste damit, daß er von seinen Vorgesetzten in mehreren Funksprüchen um personelle und materielle Verstärkung bat. Damit unterstrich er seine Absicht, rücksichtslos gegen die bewaffneten Arbeiter vorzugehen.

Die Eislebener Abwehrkämpfe strahlten unmittelbar auf *Hettstedt* aus. Dort hatten sich, beeindruckt von den Ereignissen in Eisleben und dem brutalen Vorgehen der auch hier eingedrungenen Polizisten, am 22. März die ersten bewaffneten Auseinandersetzungen entwickelt. Arbeiter beschossen einzelne Polizeigruppen von den Höhenzügen, die sich an der Stadt entlangzogen. In der Stadt selbst waren ihnen die Polizisten an Zahl und Bewaffnung weit überlegen. Erst als ein großer Teil der Schutzpolizisten Hettstedt am 23. März vorübergehend verließ, um in die Kämpfe in Mansfeld und Klostermansfeld einzugreifen, konnten die bewaffneten Hettstedter Arbeiter, unterstützt von Arbeitern aus Burg- und Großdörner sowie Leimbach, kurzzeitig wichtige Positionen in der Stadt beziehen.

Ähnlich wie in Hettstedt kam es auch in anderen Orten zur spontanen Aufstellung von bewaffneten Arbeitergruppen, an der in vielen Fällen Mitglieder der VKPD maßgeblich beteiligt waren. Damit folgten diese dem Beispiel ihrer Führung, die sich nach dem Ausbruch der bewaffneten Auseinandersetzungen solidarisch an die Seite der Kämpfer stellte und darauf hinwirkte, dem Abwehrkampf reale Ziele zu geben. In einigen Fällen bildeten sich bewaffnete Gruppen auch auf Initiative von Aktionsausschüssen. Ihr Einfluß auf den Verlauf des Abwehrkampfes der Arbeiter blieb jedoch geringer als im März 1920. Ein wesentlicher Grund dafür lag in dem uneinheitlichen Auftreten von Funktionären der Arbeiterparteien und Gewerkschaften dieses Gebiets gegen die Polizeiaktion. Obwohl sich die Bezirksleitung

der VKPD sehr um die Aktionseinheit der Arbeiter bemühte, kam diese nicht zustande. Dem stand unter anderem das Verhalten der KAPD im Wege, auch wenn ihr im Regierungsbezirk Merseburg nur etwa 1 000 Mitglieder angehörten. Ihr Ruf nach dem »bewaffneten Aufstand« stiftete unter den Arbeitern Verwirrung. Einige Aktionsausschüsse nannten sich zentrale Ausschüsse, obwohl sie keine zentrale Rolle spielten oder — wie im Fall der am 21. März in Halle gebildeten »Oberkampfleitung für Mitteldeutschland« — einen Versuch linksradikaler Kräfte darstellten, den Abwehrkampf in einen bewaffneten Aufstand hinüberzuleiten, ungeachtet dessen, daß dafür keinerlei objektive Voraussetzungen bestanden.

Am 24. März 1921 rief die Zentrale der VKPD die deutsche Arbeiterklasse zum Generalstreik für die Unterstützung der mitteldeutschen Arbeiter auf. In einigen Städten, so in Bremen, Chemnitz, Düsseldorf, Duisburg, Erfurt, Essen, Hamburg, Hannover, Kiel, Plauen und Suhl, kam es zu Solidaritätsaktionen. Das stärkste Echo gab es in Rheinland-Westfalen, wo in mehreren Orten Demonstrationen und Streiks stattfanden. In Essen erschoß die Polizei 20 Demonstranten und verwundete 25. Insgesamt aber war diese Streikbewegung zu schwach und zu zersplittert, um den Abwehrkampf der Werktätigen im Regierungsbezirk Merseburg wirkungsvoll unterstützen zu können.

Vielmehr erhöhte sich noch der Druck des Klassengegners auf die Arbeiter in diesem Bezirk, nachdem er sich von seiner Überraschung über das Ausmaß der Streikbewegung und des bewaffneten Widerstands erholt hatte. Noch in der Nacht zum 24. März 1921 verhängte Reichspräsident Friedrich Ebert gemäß Artikel 48 der Weimarer Verfassung den Ausnahmezustand über die preußische Provinz Sachsen. Dadurch war es möglich, Beschränkungen folgender Art vorzunehmen: der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts sowie des Brief-, Post-, Telegrafen- und Fernsprechgeheimnisses, Anordnungen von Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen. Zugleich übertrug der Reichspräsident dem Oberpräsidenten der Provinz Sachsen die Verfügungsgewalt eines Regierungskommissars. Otto Hörsing wurde ermächtigt, »die erforderlichen Anordnungen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Provinz Sachsen oder in Teilen dieses Gebiets zu treffen«. Hörsing machte ohne zu zögern davon Gebrauch und verbot alle Versammlungen unter freiem Himmel, alle Demonstrationen und die kommunistischen Zeitungen. Der Regierungskommissar stützte sich dabei auf sein Recht, allen zivilen Behörden, egal ob Kommunal- oder Reichsbehörde, Anweisungen erteilen zu können.



Zur selben Zeit ergriff die Einsatzleitung der Polizeihundertschaften Maßnahmen, um die Schlagkraft der Polizeikräfte im Regierungsbezirk Merseburg zu erhöhen. Unter der Leitung von Polizeioberst von Klüfer entstand ein aus mehreren Polizeioffizieren zusammengesetzter Führungsstab aller im Regierungsbezirk handelnden Polizeihundertschaften. Er koordinierte deren Angriffe auf die Zentren des Widerstands der Arbeiter. Außerdem beorderte der Stab sofort zusätzliche Polizeikräfte heran und stationierte bei Mücheln und Merseburg bewegliche Polizeireserven.

Ziel des ersten zentral gelenkten Vorstoßes der Polizeihundertschaften war *Eisleben*, um die dort befindlichen Hundertschaften aus ihrer bedrohlichen Lage zu befreien. Zu diesem Zweck konzentrierten sich 5 Polizeihundertschaften in Stedten und Teutschenthal. Ein Angebot der thüringischen Landesregierung vom 23. März, zwischen den kämpfenden Seiten zu vermitteln, lehnte Otto Hörsing ab. Als die Arbeiter die Nachricht vom Anmarsch der Polizeihundertschaften erhielten, bereiteten sie sich darauf vor, ihn durch ständige, überfallartige Angriffe zu verlangsamen und eventuell zu stoppen. Die örtlichen Bedingungen erlaubten es den Arbeitern, die aus 3 Polizeihundertschaften bestehende, aus Richtung Stedten kommende Marschkolonne trotz der Dunkelheit mit Maschinengewehr- und Gewehrfeuer zu bekämpfen. In hinhaltenden Gefechten bezogen die Arbeiter immer wieder neue Geländeabschnitte und beschossen die Polizisten. Auf diese Weise konnten sie das Marschtempo der Polizisten erheblich beeinflussen. Die Polizeikolonne benötigte für die achteinhalb Kilometer lange Strecke mehr als fünf Stunden.

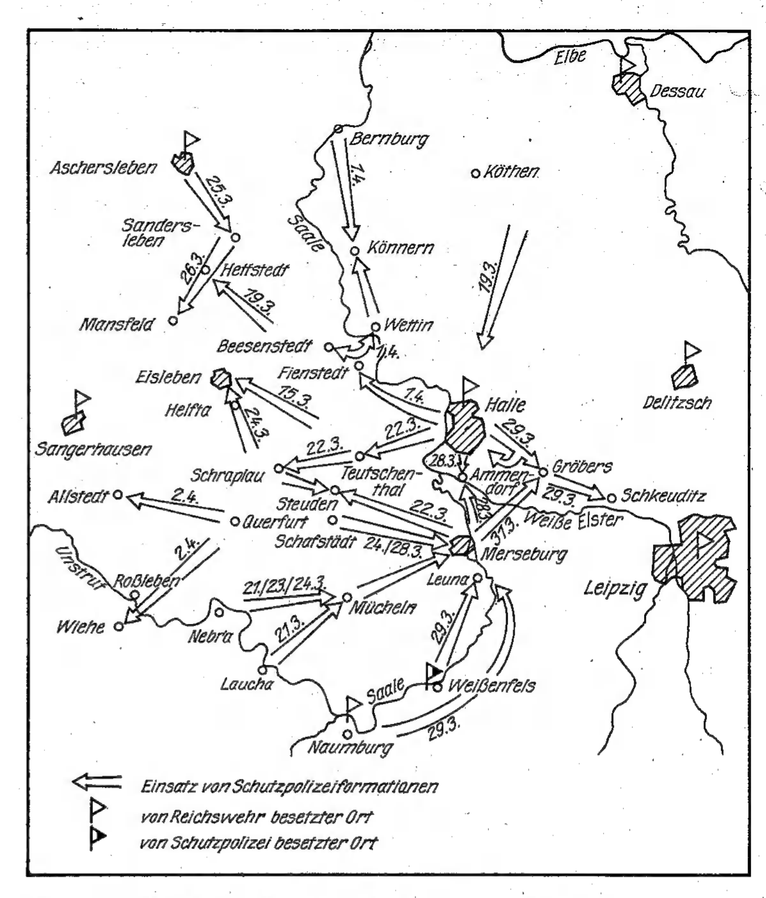
Bei *Helfta*, kurz vor Eisleben, hatten sich inzwischen etwa 250 Arbeiter aus Eisleben, Helfta, Röblingen, Teutschenthal und Wolferode eiligst auf eine Verteidigung eingerichtet. Als die Ab-

teilung Kirchner mit ihren 3 Hundertschaften, zu der, wie geplant, auch die 2 Hundertschaften aus Teutschenthal stießen, am 24. März, gegen 9.30 Uhr, in Kilometerbreite angriff, erwiderten die Arbeiter mit 3 Maschinengewehren und zahlreichen Gewehren das Feuer. Die Verteidiger hatten ihre Positionen so gewählt, daß sie in den hinter ihnen liegenden Bischofroder Wald ausweichen konnten. Während die Mehrheit der Arbeiter aus ihren Stellungen den frontal angreifenden Polizisten Widerstand leistete, griffen etwa 50 Arbeiter die Flanken der Polizeieinheiten an. Nach einigen Stunden mußten sich die Verteidiger jedoch zurückziehen, hatten aber durch ihren Widerstand erreicht, daß die Polizei erst gegen 14 Uhr in Eisleben eindringen konnte. Sie stieß dort nur noch im Stadtpark auf vereinzelte Gegenwehr. Die Arbeiter hatten während dieser Auseinandersetzungen 11 Tote zu beklagen, bei der Polizei gab es 4 Tote und mehr als 10 Verwundete.

Nunmehr kontrollierten 8 Polizeihundertschaften Eisleben. In der Umgebung der Stadt wagten dennoch einige kleine Arbeitergruppen, die ihre Stützpunkte auf den Halden bzw. Höhenzügen nahe Eislebens hatten, überraschende und kurze Überfälle auf Polizeieinheiten. In der Stadt selbst herrschte Major Folte mit brutaler Gewalt. Er teilte die Stadt in vier Bereiche ein, die er durch je 2 Hundertschaften in verstärktem Streifengang kontrollieren ließ. Tagungen der Stadtverordnetenversammlung, das Betreten der Straße nach 19 Uhr, der private Fernsprechverkehr und selbst das Fahrradfahren wurden untersagt.

Am 24. März 1921 stießen Polizeiformationen in *Hettstedt* gegen die Positionen bewaffneter Arbeiter in der Stadt vor. Gegen 10.45 Uhr griffen 2 Züge der 5. Polizeihundertschaft aus Halle das am Ortsausgang der Stadt gelegene Restaurant »Bergschlößchen« an, in dem die Streikleitung und zugleich Führung der Arbeiterformationen ihren Sitz hatte. Nach kurzem Schußwechsel mußten die Arbeiter den Polizisten weichen. Sie verloren an diesem Tag auch die anderen bisher von ihnen besetzten Objekte in der Stadt. Nur auf den Höhenzügen vermochten sie es noch, ihre Stützpunkte zu halten. Die Polizeiführung in Hettstedt fühlte sich trotz der verfügbaren 2 Hundertschaften nicht in der Lage, diese Stützpunkte anzugreifen. Das änderte sich am späten Nachmittag, als eine Polizeiabteilung unter Führung des Polizeimajors Lampe






Einsatz von Schutzpolizeiformationen im Regierungsbezirk Merseburg. März/April 1921

die Hettstedter Besatzung verstärkte. Aber auch mit Hilfe der aus einem Abteilungskommando und 2 Hundertschaften zusammengesetzten Abteilung gelang es nicht, die Höhenzüge unter feste Kontrolle zu bekommen. Immer dann, wenn die Polizeitrupps die auf den Höhen nach einem Vorstoß eingenommenen Räume wieder verließen, rückten sofort bewaffnete Arbeiter nach.

Die Polizeikräfte entrissen am 24. März den bewaffneten Arbeitern in Eisleben und Hettstedt militärisch wichtige Stütz-

punkte. Die Masse der weiter kämpfenden Arbeiter mußte sich auf die Höhenzüge bzw. Halden zurückziehen. Daraufhin änderte sich trotz des noch andauernden Streiks das Kräfteverhältnis zugunsten der Polizeihundertschaften. Die Führungen der Arbeitergruppen sahen sich daher veranlaßt, einen Waffenstillstand vorzuschlagen. Am Abend des 25. März überbrachte eine Abordnung der Arbeiter unter der Leitung des stellvertretenden Chefredakteurs der »Mansfelder Volkszeitung« (VKPD), Oskar Bechstedt, dem Polizeimajor Folte ein solches Angebot. Major Folte stellte, um den Vorschlag der Arbeiter hintertreiben zu können, die Bedingung, auch Waffen, Munition und Fahrzeuge an einem noch zu vereinbarenden Ort abzuliefern. Da aber die Arbeiterdelegation auch dem zustimmte, blieb Folte nichts anderes übrig, als das Angebot vorläufig zu akzeptieren. Er nutzte jedoch das bewaffnete Auftreten linksradikaler Kräfte am Abend des 25. März in Eisleben sofort dazu aus, die begonnenen Verhandlungen abzubrechen. Folte hoffte, daß die Zeit weiter für ihn arbeite.

Ähnliche Überlegungen stellte auch der Regierungskommissar Otto Hörsing an, der für die nächste Zeit erwartete, die Abwehrfront der Arbeiter würde abbröckeln. Er selbst versuchte, diesen Prozeß zu beschleunigen. Am 26. März veröffentlichte Hörsing einen Aufruf an die Arbeiter im Regierungsbezirk, in dem er der VKPD vorwarf, sie würde durch die Unterstützung des Abwehrkampfes verbrecherische Handlungen begünstigen und nicht die Arbeiterinteressen berücksichtigen.

Die Führung der im Regierungsbezirk operierenden Polizeihundertschaften wollte jedoch nicht länger warten und drängte auf ein rasches, massives Vorgehen gegen die bewaffneten Arbeiter. Zu diesem Zweck gruppierte sie die Hundertschaften seit dem 25. März 1921 um, so daß nunmehr folgende Gruppen bestanden: Gruppe 1 (Eisleben) mit 16 Hundertschaften, Gruppe 2 (Halle) mit 8 Hundertschaften, Gruppe 3 (Merseburg) mit 8 Hundertschaften, Gruppe 4 (Weißenfels) mit 4 Hundertschaften und Gruppe 5 (Naumburg) mit 3 Hundertschaften. Aus dieser Gruppierung ist zu erkennen, daß die Polizeiführung den Schwerpunkt des weiteren Einsatzes der Polizeihundertschaften im Raum Eisleben sah. Sie beabsichtigte, in den folgenden Tagen die Arbeiterformationen aus ihren Stützpunkten auf den Höhenzügen zu vertreiben, um damit den Mansfelder See- unf Gebirgskreis ganz unter Kontrolle zu bekommen. Zur wirksameren Bekämpfung der Stützpunkte erhielt die Gruppe 1 (Eisleben) eine Feldhaubitzenbatterie der Reichswehr (4 Geschütze) und 3 leichte Minenwerfer zugeteilt.



Die Konzentration von mittlerweile 39 Polizeihundertschaften im Regierungsbezirk Merseburg zeugt von den großen Anstrengungen der herrschenden Kreise, den Streik und die bewaffneten Aktionen der Werktätigen in diesem Gebiet niederzuschlagen. Führende Politiker in Deutschland, so der Reichspräsident Friedrich Ebert und der Reichskanzler Konstantin Fehrenbach, meinten sogar, diese Anzahl von Polizeihundertschaften reiche nicht für eine erfolgreiche Bekämpfung des Widerstands der Werktätigen aus, zumal nunmehr neben Eisleben und Hettstedt auch in anderen Teilen des Bezirks bewaffnete Arbeitergruppen aktiv wurden und das Leuna-Werk sich in den Händen von Arbeitern befand. Daher erwogen der Reichspräsident und die Reichsregierung seit dem 23. März den direkten Einsatz von Reichswehrformationen im Regierungsbezirk. Während sich der Reichspräsident und der Reichskanzler für eine direkte Verwendung von Reichswehrformationen aussprachen, hielten der Reichswehrminister Otto Geßler und auch der Chef der Heeresleitung, General der Infanterie Hans von Seeckt, eine solche Maßnahme zu diesem Zeitpunkt jedoch für verfrüht. Sie stimmten jedoch am 27. März der Heranführung weiterer Reichswehrformationen zur Abriegelung des Gebiets und deren Bereitstellung für ein eventuelles Eingreifen zu.

Mit diesen Maßnahmen sollten die bereits eingeleiteten Aktionen der Polizeihundertschaften unterstützt werden. Bereits am 26. März 1921 waren 5 Polizeihundertschaften der Gruppe 1 (Eisleben) unter Führung des Polizeiobersten Bernhard Graf von Poninski aus Richtung Sandersleben in das Gebiet um Eisleben vorgerückt. Sie hatten die Aufgabe, auf der Linie Sandersleben, Hettstedt, Leimbach, Klostermansfeld, Ahlsdorf bis nach Eisleben vorzustoßen und die Höhenzüge von bewaffneten Arbeitern zu »säubern«.

Die Arbeiter bekämpften die anmarschierenden Hundertschaften von den Höhen westlich von Hettstedt, vor Leimbach und Mansfeld. Starkes Abwehrfeuer empfing die Schutzpolizisten

auch nordöstlich von Klostermansfeld und dann in Eisleben selbst. Die Polizisten kamen deshalb nur langsam voran.

Am folgenden Tag, dem 27. März, versuchten die Arbeiter erneut, das weitere Vordringen der Polizisten aufzuhalten. Sie hatten sich auf den Halden und Hügeln in der unmittelbaren Umgebung von Eisleben hinter aufgeworfenen Erdwällen verschanzt. Gestrüpp und Dornenhecken dienten ihnen dabei als Tarnung. Auf der Hüneburg lagen etwa 40 Arbeiter zur Abwehr des Gegners bereit. Sie sollten den Hauptstoß abfangen. Vor allem aber trugen die von Arbeitern auf der gegenüberliegenden Seite der Straße nach Eisleben aufgestellten Maschinengewehre wesentlich dazu bei, den ersten Angriff der Polizisten erfolgreich abzuwehren. Doch später mußten die Arbeiter zurückweichen. Während schwache Kräfte das gegnerische Vordringen zeitweilig aufhielten, verließ das Gros der bewaffneten Arbeiter die Stützpunkte in Richtung Wolferode und Bischofrode. Als die Polizisten Bischofrode erreichten, empfing sie auch hier heftiges Maschinengewehr- und Gewehrfeuer. Der Widerstand der Arbeiter wurde erst durch das Geschützfeuer der 2. Batterie des Artillerieregiments 4 der Reichswehr gebrochen, die diese Polizeiabteilung unterstützte.

Bei der Besetzung von Bischofrode gingen die Polizisten brutal gegen die Gefangenen vor und erschossen 7 von ihnen auf der Stelle. Doch die Arbeiter ließen sich durch derartige Grausamkeiten nicht beirren. Noch am selben Tag wäre es ihnen beinahe gelungen, den Gruppenstab der in dieser Gegend operierenden Polizeihundertschaften in Erdeborn bei einem Angriff zu überwältigen. Den Polizeioffizieren glückte es jedoch unter Ausnutzung der Dunkelheit und mit Hilfe von 4 Personenkraftwagen, in letzter Minute zu fliehen.

Mit dem Abflauen der Kämpfe am Abend des 27. März endete der bewaffnete Widerstand der Arbeiter im größten Teil des Mansfelder Gebiets. Nunmehr herrschte hier die Polizeiwillkür. Unter Zurücklassung von 4 Hundertschaften, die am 31. März noch durch 2 weitere verstärkt wurden, stießen die anderen Polizeihundertschaften am 28. März in Richtung Wansleben, Schafstädt und Querfurt auf Leuna — ein weiteres Zentrum des Abwehrkampfes der mitteldeutschen Arbeiter — vor.

Sechs Tage, vom 22. bis zum 27. März 1921, hatten die Arbeiter des Mansfelder Gebiets durch Streiks und bewaffnete Aktionen den Polizeihundertschaften Widerstand geleistet. Einige Polizeiformationen gerieten dabei in eine schwierige Lage. Die Arbeiter verstanden es, unter Ausnutzung ihrer Ortskenntnis günstige Verteidigungsmöglichkeiten zu finden, das Überraschungsmoment zu nutzen und variable Angriffsformen zu entwickeln. Überlegt bezogen sie Höhenzüge und Halden in den Abwehrkampf mit ein. Zeitweilig beeinflußten bewaffnete Arbeiter die politische Entwicklung in mehreren Orten. Der Polizei gelang es nur durch zusätzliche Kräfte, den Widerstand der Arbeiter zu brechen. Das Mansfelder Gebiet war bis zum 27. März 1921 das Zentrum des Abwehrkampfes. Die von dort ausgehenden Impulse hatten einen beträchtlichen Einfluß darauf, daß die Arbeiter des Leuna-Werkes am 23. März 1921 beschlossen, in den Generalstreik zu treten. Querfurter Arbeiter fühlten sich veranlaßt, den Mansfeldern am 25. März bewaffnet zu Hilfe zu eilen. Auch unterstützten mehr als 100 bewaffnete Arbeiter aus Halle die Kämpfer im Mansfelder Gebiet.

Doch konnten die Arbeiter trotz dieser Hilfe und ihres energischen Widerstands nicht verhindern, daß sich das Kräfteverhältnis seit dem 25. März weiter zugunsten der an Zahl und Bewaffnung weit überlegenen Polizeihundertschaften veränderte. Nach den Erfolgen der Schutzpolizei in den Gebieten um Eisleben und Hettstedt verringerte sich die Möglichkeit, die Polizeihundertschaften zum Rückzug aus dem Regierungsbezirk zu zwingen.

Die Polizisten gingen in den von ihnen jetzt kontrollierten Gebieten mit größter Brutalität gegen diejenigen vor, die sich am Abwehrkampf beteiligt hatten. Polizisten folterten in der Mädchenvolksschule von Eisleben Gefangene, in Schraplau und Klostermansfeld erschossen sie Festgenommene und terrorisierten die Bevölkerung mit willkürlichen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Derartige Vorkommnisse riefen unter den Werktätigen große Entrüstung hervor. Sie waren eine Ursache dafür, daß sich der Abwehrkampf in den übrigen Gebieten des Regierungsbezirks verstärkte.

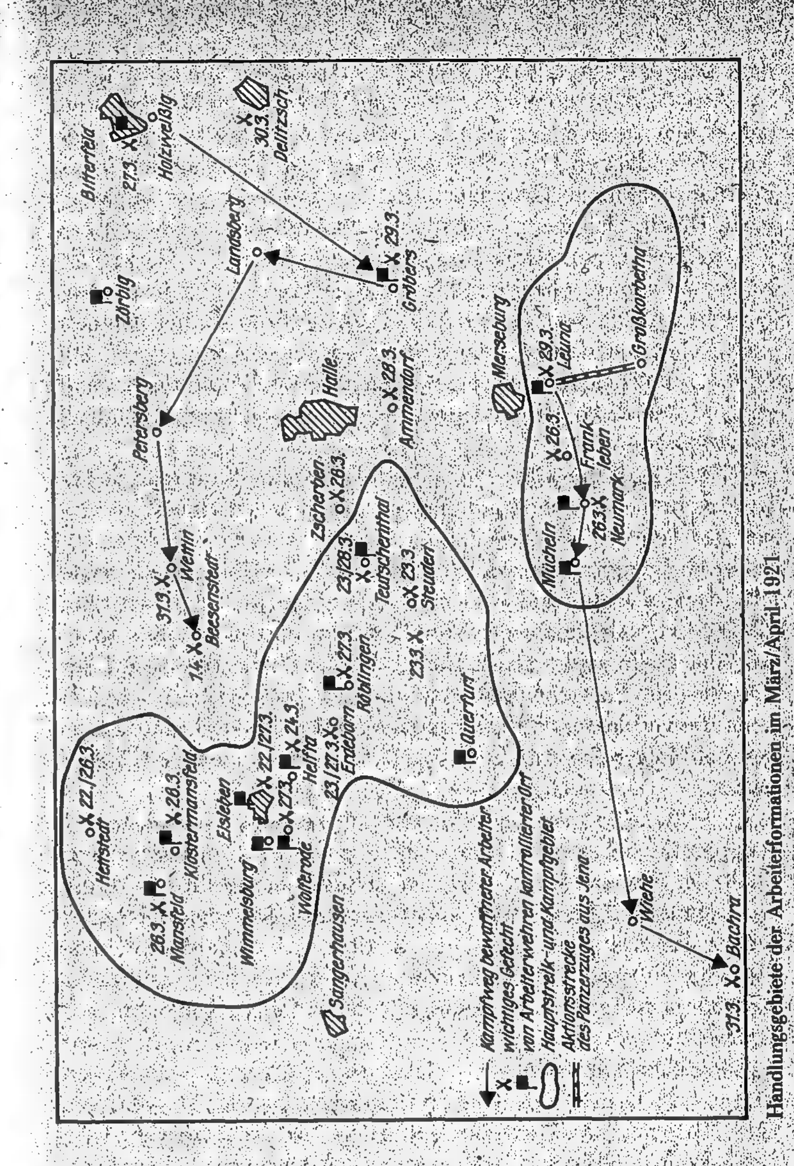
## Bewaffnete Auseinandersetzungen in anderen Teilen des Regierungsbezirks Merseburg

Im größten Teil des Regierungsbezirks Merseburg setzten die Abwehraktionen gegen den Polizeieinmarsch später als in Eisleben, Hettstedt und Umgebung ein. Lediglich in *Teutschenthal* kam es bereits am 19. März 1921 zu Auseinandersetzungen zwischen Werktätigen und Polizisten, als die 3. Polizeihundertschaft aus Magdeburg in den Ort einmarschierte. Auch hier schlug die seit langem angestaute Unzufriedenheit über die sich verschlechternde Lebenslage angesichts dieses Willküraktes in Empörung um und führte am 23. März zum Streik. Am selben Tag entstand mit Hilfe des Gemeindevorstandes, einschließlich seiner sozialdemokratischen Mitglieder, und des Gemeindevorstehers, dem Mitglied der VKPD Friedrich Märker, eine bewaffnete Arbeitergruppe im Ort. Sie sollte dem Streik bewaffneten Rückhalt geben.

Diese anfangs etwa 60 Mann starke Gruppe schloß sich zunächst anderen Arbeiterformationen an, um mit ihnen gemeinsam die Heranführung von Polizeiverstärkungen nach Eisleben zu verhindern, und beteiligte sich an den Kämpfen bei Helfta, Schraplau und Stedten. Nachdem die in Teutschenthal einquartierte Polizeihundertschaft in Richtung Eisleben abgezogen war, um den dort in eine schwierige Lage geratenen Hundertschaften Hilfe zu leisten, besetzten bewaffnete Teutschenthaler Arbeiter wichtige Punkte des Ortes, so die auf einer Anhöhe gelegene Zukkerfabrik. Von dort konnten sie die wichtigsten Zufahrtswege nach Teutschenthal einsehen und teilweise sichern. Die vorübergehende Besetzung anderer Gebäude sollte ebenfalls der Verteidigung vor eventuellen Angriffen zurückkehrender Polizeiformationen dienen.

Am 25. März verstärkten mehr als 100 bewaffnete Arbeiter aus Halle und aus anderen Orten die Teutschenthaler Gruppe, die nunmehr über 300 Mann umfaßte, allerdings nur etwa 100 Gewehre sowie ein schweres und ein leichtes Maschinengewehr besaß. Trotz unzureichender Bewaffnung spielte diese Gruppe im Abwehrkampf gegen die Polizeihundertschaften eine bedeutende Rolle. Sie ergab sich aus ihrer zahlenmäßigen Stärke und aus ihrem Handlungsraum, der sich nur drei bis vier Kilometer von Halle in unmittelbarer Nähe des Leuna-Werkes befand. Außer-





Handlungsgebiete der Arbeiterformationen im März/April 1921

dem beteiligten sich Kräfte dieser Gruppe zusammen mit anderen Arbeiterformationen an den Kämpfen im Raum Eisleben und gaben den zumeist kleineren bewaffneten Gruppen der in der Nähe befindlichen Orte Rückhalt. Derartige, oftmals nur 10 bis 20 Mann zählende Gruppen bestanden beispielsweise in Bennstedt, Dölau, Holleben, Lieskau und Zscherben.

Den Teutschenthaler Kämpfern gelang es am 26. März, Vorstöße der Schutzpolizei bei Köchstedt, Rollsdorf und in die unmittelbare Nähe von Teutschenthal abzuwehren. Dabei nahmen sie 3 Polizeiwachtmeister einer Streife gefangen. Ein weiterer Angriff von Polizisten, diesmal unter Einsatz von 2½ Hundertschaften und 2 leichten Minenwerfern, konnte am nächsten Tag abgewiesen werden.

Die linkssektiererische Haltung, der die Führung dieser Gruppe in der Mehrheit unterlag, schränkte jedoch die Wirksamkeit der Teutschenthaler Kämpfer für den Abwehrkampf der Arbeiter im Regierungsbezirk Merseburg ein. Verhängnisvoll wirkte sich der Entschluß aus, mit starken Kräften in der Nacht zum 28. März der Gruppe unter Max Hoelz zu folgen. Die illusionäre Absicht, Halle zu besetzen, führte dazu, daß die Positionen der Arbeiter in Teutschenthal fast kampflos aufgegeben wurden, denn die verbleibende Restgruppe von etwa 50 Arbeitern konnte den bald folgenden Angriffen von Polizeiformationen nicht standhalten.

In *Bitterfeld* wirkte eine weitere starke bewaffnete Arbeitergruppe, die sich am 24. März 1921, jenem Tag, an dem in der Stadt der Generalstreik einsetzte, gebildet hatte. Ihre Führung übernahm das Mitglied der VKPD Gerhard Thiemann. Sitz des Stabes war das »Volkshaus« der Stadt. Zur Bitterfelder Gruppe, die etwa 250 bis 300 Mann umfaßte, gehörten auch zahlreiche Arbeiter aus den in der Nähe gelegenen Orten, vor allem aus Holzweißig.

Zahlreiche Mitglieder dieser Gruppe waren Jugendliche, deren Einsatzbereitschaft und Mut, insbesondere bei der Beschaffung von Waffen und Munition sowie als Arbeitersamariter, die Schlagkraft der Bitterfelder bedeutend erhöhte. Ein Beispiel gab der achtzehnjährige Kurt Herzau, Vorsitzender der Ortsgruppe des Kommunistischen Jugendverbandes in Bitterfeld. Er schloß sich bewaffneten Arbeitergruppen an und nahm als Arbeitersamariter an den Kämpfen um das Bitterfelder Rathaus, bei Gröbers und bei Beesenstedt teil. Am 31. März 1921 fiel Kurt Herzau Polizisten in die Hände, die ihn – obwohl er die Armbinde mit dem Roten Kreuz trug – am Ortseingang von Beesenstedt heimtückisch ermordeten.



Einige Tage vor dieser schändlichen Tat, in der Nacht zum 27. März, hatten bewaffnete Arbeiter Rathaus, Amtsgericht, Gefängnis, Bahnhof und Postamt in Bitterfeld besetzt. So konnten sie nun auch den Eisenbahn- und Fernsprechverkehr überwachen. Um das Rathaus, in dem sich der Sitz der Hauptpolizeiwache befand, entwickelte sich ein längerer und heftiger Schußwechsel, bevor den Arbeitern dessen Einnahme gelang und sie die Polizisten, den Landrat sowie andere maßgebliche Beamte vorübergehend arretieren konnten. Hierdurch schufen sich die Bitterfelder Arbeiter Voraussetzungen für die Kontrolle über die Stadt, die sie bis zum 29. März 1921 ausübten.

Andere bewaffnete Arbeiter unterstützten den Abwehrkampf der Werktätigen des Regierungsbezirks außerhalb Bitterfelds. Sie halfen beispielsweise den Arbeitern aus Zörbig, deren Heimatort zeitweilig zu überwachen, und kontrollierten mit anderen Bewaffneten die Eisenbahnstrecken Köthen–Halle, Bitterfeld–Wittenberg und die Ausfallstraßen Bitterfelds.

Am 28. März 1921 marschierte der größte Teil der Bitterfelder Gruppe aus der Stadt in Richtung Leuna-Werk. Er verstärkte sich unterwegs mit bewaffneten Arbeitern aus Holzweißig, Ramsin, Roitzsch und Sandersdorf. Aber der Entschluß, den bedrängten Leuna-Arbeitern zu Hilfe zu kommen, kam zu spät. Inzwischen hatten Polizeihundertschaften einen dichten Kordon um das Werk gebildet.

Im *Geiseltal* (Geisel – ein Nebenfluß der Saale) hatten sich nach dem 25. März ebenfalls bewaffnete Arbeitergruppen formiert, von denen die bekannteste und erfolgreichste unter der Leitung von Otto Gebenroth stand. Ihre Existenz in diesem Tal, das durch seine Braunkohlevorkommen ein wichtiger Rohstofflieferant für die in unmittelbarer Nähe gelegenen Leuna-Werke war, besaß eine große Bedeutung für den Gesamtverlauf des Abwehrkampfes im Regierungsbezirk Merseburg. Ein zentraler Aktionsausschuß, in dem Mitglieder der VKPD über entscheiden-

den Einfluß verfügten, wirkte maßgeblich auf die Streikleitungen und Aktionsausschüsse der Braunkohlengruben.

Einen Teil der für diese Arbeiterwehren benötigten Waffen nahmen die Arbeiter Landjägern, Gutsbesitzern und Angehörigen von Kriegervereinen ab. Nach der Aufstellung der Arbeiterwehren trafen die Werktätigen Vorkehrungen, um einem Angriff der Polizeiformationen erfolgreich begegnen zu können. Sie hoben Schützengräben aus und bauten Verteidigungsstellungen. Auf diese Weise gelang es ihnen, am 26. März in einem Schußwechsel etwa 50 Polizisten, die in das Geiseltal einzudringen versuchten, zum Rückzug zu zwingen.

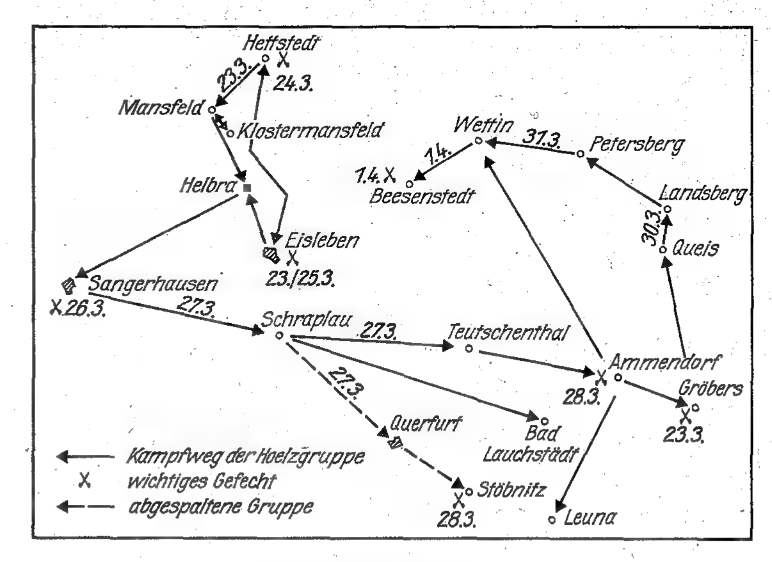
Doch nicht überall verliefen die bewaffneten Abwehrkämpfe erfolgreich. Am 27. März konnten 2 Polizeihundertschaften bei Klein-Lauchstedt etwa 100 Arbeiter nach kurzem Kampf überwältigen und gefangennehmen.

Eine Formation bewaffneter Arbeiter, die sich von den bisher genannten Gruppen deutlich unterschied, kämpfte unter Führung von Max Hoelz. Dieser, damals 32 Jahre alt, gehörte seit April 1920 der KAPD an. Ihm folgten in erster Linie Werktätige, die wegen ihrer Lebenslage verzweifelt waren, die nicht die Geduld für einen lang dauernden, hartnäckigen Klassenkampf besaßen und teilweise in der KAPD organisiert waren, sowie politisch wenig erfahrene junge Arbeiter.

Das Wirken der Hoelzgruppe erstreckte sich im Unterschied zu den anderen bewaffneten Formationen der Arbeiter in Mitteldeutschland über mehrere Orte des Regierungsbezirks Merseburg und trug oftmals spektakuläre, anarchistische Züge. Diese Gruppe entstand innerhalb weniger Tage nach der Ankunft von Max Hoelz am 22. März 1921 in Klostermansfeld. Bereits am 24./25. März war sie nach Angaben von Max Hoelz etwa 300 Mann stark, die über ungefähr 100 Gewehre und 3 Maschinengewehre verfügten. Angehörige der Gruppe beteiligten sich am 23. und 25. März in Eisleben sowie am 25. März in Hettstedt an bewaffneten Auseinandersetzungen.

Ein länger anhaltendes, in diesem großen Ausmaß nicht erwartetes Gefecht entwickelte sich zwischen dieser Gruppe und bewaffneten Kräften der Reaktion am 26. März in Sangerhausen. Max Hoelz berichtete darüber in seiner Autobiographie »Vom ›weißen Kreuz‹ zur roten Fahne«: »Mit zehn Lastautos, zum Teil mit An-






Kampfweg der Hoelzgruppe. März/April 1921

hängern sowie auf Wagen und zu Fuß, rückten wir am Mittwoch, dem 26. März, in Sangerhausen ein. Meine Absicht war, diesen Ort nur als Durchgangsstation auf dem Marsch nach Halle zu benutzen. Hier in Sangerhausen sollten die Arbeiter vor allem ein ausgiebiges, warmes Mittagessen erhalten. Sie waren in den letzten Tagen nur unregelmäßig und unzureichend verpflegt worden. Jeder Gasthof mußte für hundert oder hundertfünfzig Arbeiter kochen. Kaum eine halbe Stunde nach unserem Eintreffen erhielten wir unerwarteten Besuch eines mit württembergischen Zeitfreiwilligen besetzten Panzerzuges. Obwohl wir während der vergangenen Nacht im schwersten Kampf gestanden und die Arbeitersoldaten nicht eine Stunde Ruhe gehabt hatten, ergriff jeder mit Begeisterung die Waffen.«

Ein Teil der württembergischen Besatzung des »Streckenschutzzuges Stuttgart« schwärmte auf dem Bahnhof Sangerhausen aus, drang in das Bahnhofsgebäude ein und nahm die bewaffneten Arbeiter unter Beschuß. Die heftigen Auseinandersetzungen — sie endeten für die Zeitfreiwilligen mit einem Toten und 20 Verwundeten — hielten bis zum späten Abend an. Die Arbeiter verloren dabei 3 Kämpfer.

Die Hoelzgruppe setzte ihren Marsch in Richtung Ammendorf fort, wo sie in der Nacht zum 28. März mit etwa 1 000 Mann und 15 Lastkraftwagen eintraf. Sie drängte die dort befindlichen Polizeikräfte auf das in der Nähe gelegene Gut Beesen ab und kreiste die Polizisten ein. Versuche anderer Polizeiformationen, die Eingeschlossenen zu befreien, scheiterten am energischen Widerstand der bewaffneten Arbeiter. So auch der Angriff einer Technischen Polizeihundertschaft, die im Unterschied zu den anderen Hundertschaften durch ihre größere Zahl an Maschinengewehren und durch den Besitz von Minenwerfern über eine höhere Kampfkraft verfügte. Erst als insgesamt 6 Hundertschaften aus nördlicher, östlicher und südlicher Richtung auf Ammendorf vorstießen, entstand für die Arbeiter eine kritische Lage. Sie zogen sich nach Ammendorf zurück und verließen den Ort nach einem längeren Gefecht mit den überlegenen Polizeiformationen. Wie hart die bewaffneten Auseinandersetzungen waren, veranschaulichen die Verluste auf der Seite der Arbeiter, die 30 Tote zu beklagen hatten, 70 Arbeiter gerieten in Gefangenschaft. In diesem Kampf zersplitterte die unter Führung von Max Hoelz stehende bewaffnete Arbeiterformation. Verschiedene kleine Gruppen zogen in das Geiseltal, andere in Richtung Gröbers und nach Wettin oder Beesenstedt.

Die bewaffnete Gruppe unter der Führung von Max Hoelz zählte zu den bedeutendsten während der Märzkämpfe 1921. Ihre Kampfkraft ergab sich vor allem aus ihrer zahlenmäßigen Stärke — auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung umfaßte sie kurzzeitig etwa 1 000 Mann —, aus ihrer durch zahlreiche Last- und Personenkraftwagen gesicherten Beweglichkeit und aus ihrer relativ guten Bewaffnung. Das Auftreten der Hoelzgruppe brachte die Polizeihundertschaften oftmals in schwierige Situationen, band zahlreiche Polizeikräfte und half, den Widerstandswillen vieler Werktätiger zu stärken.

Manche Handlungen dieser Gruppe fügten aber dem Abwehrkampf der Arbeiter beträchtlichen Schaden zu. Sie gaben der Bourgeoisie willkommenen Anlaß, ihre antikommunistische Hetze gegen die mitteldeutschen Arbeiter zu forcieren und insbesondere die revolutionäre Vorhut, die VKPD, zu verleumden.

Einen gewichtigen Anteil an den ultralinken Tendenzen dieser Gruppe hatte Max Hoelz. Er verabsolutierte den bewaffneten Kampf und verstand nicht, daß die Arbeiterklasse zu dieser schärfsten Form der Klassenauseinandersetzung nur dann greifen sollte, wenn sie dazu von den Repressionsorganen der Bourgeoisie gezwungen wird. Hoelz vermochte es nicht, die objektiven Bedingungen, unter denen der Kampf des mitteldeutschen Proletariats damals verlief, real zu beurteilen. Er glaubte, mit einigen tausend verwegenen Kämpfern einen allgemeinen Aufstand entfesseln zu können, und verstand nicht, daß es vor allem darauf ankam, die Arbeitermassen zu gewinnen. Hoelz wich dem Angebot der VKPD aus, mit ihr zusammenzuarbeiten und gemeinsam das bewaffnete Vorgehen zu beraten. Trotz seines anarchistischen Denkens und Handelns ließ er sich jedoch nie in prinzipiellen Gegensatz zur revolutionären Arbeiterbewegung bringen und fühlte sich immer den Gesamtinteressen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung verbunden.

Bemerkenswert ist sein legendärer Ruf, der sich in erster Linie auf sein Auftreten in den Jahren 1919 bis 1921 gründete. Viele Werktätige, insbesondere die Ärmsten der Armen, sahen in ihm einen Rebell, einen unerschrockenen Kämpfer für soziale Gerechtigkeit. Max Hoelz war mutig und selbstlos, seine Spontanität und Aktivität rissen andere mit. Wie Freund und Feind berichten, besaß er eine starke persönliche Ausstrahlungskraft. Doch zu einem wirklichen Führer der Arbeiterklasse fehlte ihm die klare politische Einsicht in die gesellschaftlichen Vorgänge.

Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale nahm zur Rolle von Max Hoelz in den Märzkämpfen 1921 Stellung. Er kritisierte die Überbetonung des bewaffneten Kampfes durch Hoelz und die dabei von ihm angewandten anarchistischen Methoden. Nachdrücklich hob der Kongreß jedoch auch hervor: »Aber die Kommunistische Internationale sieht in Max Hoelz einen mutigen Rebell gegen die kapitalistische Gesellschaft ... Seine Taten waren nicht zweckentsprechend ... Aber seine Taten entspringen der Liebe zum Proletariat, dem Haß gegen die Bourgeoisie.«

## Kampf um Leuna

Die mehr als 20 000 Beschäftigten des Leuna-Werkes, des damaligen Ammoniak-Werkes Merseburg der Badischen Anilin- und

Sodafabrik, waren durch ihre Zahl und Konzentration eine große Kraft im Abwehrkampf der mitteldeutschen Arbeiter. Auf die Provokation hatten sie unmittelbar reagiert. Bereits am 21. März 1921 protestierten Tausende Leuna-Arbeiter während einer Kundgebung gegen den Polizeieinmarsch und verlangten den sofortigen Abzug der Polizei aus dem Regierungsbezirk Merseburg sowie die Bewaffnung der Arbeiter. Die Kundgebungsteilnehmer beschlossen, die Arbeit einzustellen, sollte die Polizei die Kontrolle über das Werk übernehmen.

Um die Forderungen durchzusetzen, wurde ein Aktionsausschuß gebildet. Dessen Vertreter teilten dem Direktor des Werkes mit, daß ab sofort der Ausschuß die Arbeiter führe und alle Anordnungen der Direktion von ihm genehmigt werden müßten. Der Ausschuß begann, in wichtigen Fragen die Kontrolle des Werkes zu übernehmen, und es gelang ihm – trotz mancher Meinungsverschiedenheiten –, den Widerstandswillen der Mehrheit der Leuna-Arbeiter in konkrete Abwehrmaßnahmen umzusetzen. Daran hatte die politisch kluge Haltung von Vertretern des Betriebsrates, insbesondere von Bernard Koenen, und der Leitung der VKPD des Werkes maßgeblichen Anteil.

Unter ihrem Einfluß versammelten sich nach Bekanntwerden der blutigen Auseinandersetzungen zwischen Schutzpolizisten und Eislebener Arbeitern am Vormittag des 23. März mehr als 10 000 Arbeiter des Werkes zu einer Protestkundgebung. Sie beschlossen, ab 14 Uhr in den Generalstreik zu treten und einen Kampfausschuß zu bilden, der die Bewaffnung von Arbeitern des Werkes einleiten sollte. Ihm gehörten die Mitglieder der VKPD Fritz Sperber und Walter Lederer an. Dieser Ausschuß organisierte noch am selben Tag die Entwaffnung des Werkschutzes, die Besetzung der Werktore durch bewaffnete Arbeiter und stellte Arbeiterformationen auf. Die Kräfte dafür kamen von den etwa 800 Arbeitern, die sich gegen 15 Uhr auf dem Sportplatz des Werkes eingefunden hatten. Sie wurden in 11 Schützenkompanien und eine Radfahrkompanie gegliedert und begannen umgehend mit der militärischen Ausbildung. An verschiedenen Stellen des Werkes errichteten die Arbeiter Barrikaden und hoben Gräben aus. Sie beschlagnahmten Personenautos und Lastkraftwagen, requirierten Verbandsmaterial, bildeten Sanitätstrupps und bauten einen Nachrichtendienst auf.



Eine solche Entwicklung gab den kämpfenden Werktätigen des Mansfelder Gebiets neue Hoffnung. Sie erwarteten von den Leuna-Arbeitern eine wirksame Hilfe beim Kampf gegen die Polizeihundertschaften und dabei, die Forderung nach Abzug der Polizeiformationen durchzusetzen. Die Mansfelder hofften, daß die Leuna-Arbeiter eine Koordinierung und Zusammenfassung aller im Regierungsbezirk kämpfenden Arbeiter erreichen würden. Daher zogen auch mehrere Gruppen bewaffneter Werktätiger aus den verschiedenen Teilen des Gebiets zum Leuna-Werk. Die an das politische Beispiel der Leuna-Arbeiter geknüpften Erwartungen gingen einmal von der zahlenmäßigen Stärke der in diesem Werk Beschäftigten, von den dort organisierten rund 2 000 Mitgliedern der VKPD aus, zum anderen von dem Gewicht, welches der Name Leuna damals in der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung besaß.

Dieser Optimismus war jedoch von einer gewissen Überschätzung der militärischen Kampfkraft der Leuna-Arbeiter geprägt. Nicht jede in Leuna gebildete Kompanie war eine einsatzbereite militärische Formation. Die Ausrüstung und Bewaffnung der Kompanien wies große Mängel auf. Die Leuna-Arbeiter verfügten höchstwahrscheinlich über nicht mehr als 200 bis 300 Gewehre und einige Pistolen. Es können sich nur zu der Zeit mehr Waffen im Werk befunden haben, als auswärtige bewaffnete Gruppen nach dem 26. März die Werkbesatzung verstärkten. Auch die große Zahl selbstangefertigter Sprengmittel und Handgranaten glich diesen Waffenmangel nicht aus.

Die Arbeiterformationen in Leuna konzentrierten sich von Anfang an auf die Verteidigung des Werkes. Nur kleinere Gruppen unternahmen Erkundungs- oder Unterstützungsaktionen in der näheren Umgebung. In einigen Fällen, wie beim Angriff von Schutzpolizisten am 26. März 1921 auf Neumark, kam es zu einem Zusammenwirken von Leuna-Arbeitern mit Angehörigen örtlicher Gruppen bewaffneter Werktätiger.

Ein Beispiel für die Einsatzbereitschaft der Leunawerker, für ihren Widerstandswillen und ihre Findigkeit war der Bau sowie der Einsatz eines gepanzerten Zuges. Ein Arbeiter, Paul Winkler, der am Umbau dieses Zuges beteiligt war, berichtete darüber: »Es war Ostersonntag 1921, 7 Uhr, beim Morgenappell. Es ging darum, die Kampfkraft der Leunawerker zu erhöhen. Deshalb

machten die Genossen vom Aktionsausschuß den Vorschlag, einen Panzerzug zu bauen. Aber wie? Es mußte alles sehr schnell gehen. Etwa 50 Mann der angetretenen Kämpfer meldeten sich freiwillig, sofort mit dem Bau zu beginnen. Einer mußte verantwortlich sein, damit alles klappte. Die Wahl fiel auf mich. Früh, gleich nach dem Morgenappell, hatten wir angefangen. Nach ungefähr 20 Stunden, in der Nacht vom Ostersonntag zum Ostermontag zwischen drei und vier Uhr, stand der Panzerzug fertig da. Ordnungsgemäß haben wir ihn im Morgengrauen an den militärischen Leiter übergeben. Das war unser Auftrag.« Der Panzerzug bestand aus zwei Eisenbahnwaggons und einer Lokomotive, die mit 15 mm starken Stahlplatten, in denen sich Schießscharten befanden, umkleidet waren. In jedem Wagen standen auf einem Gestell aus starken Holzbohlen 2 Maschinengewehre. Zwischen dem Lokomotivführer und der Besatzung existierte eine Telefonverbindung.

Dieser Zug, auf dem das Mitglied der VKPD Willi Kretzschmar als Lokomotivführer und das SPD-Mitglied Otto Ackermann als Heizer tätig waren, befuhr die Eisenbahnstrecke Leuna—Großkorbetha und sollte helfen, das Werk vor Polizeiaktionen zu schützen. Während seiner zahlreichen Streifenfahrten gelang es der Besatzung mehrmals, Angriffe von Polizisten abzuwehren. So wurde am 25. März 1921 ein Vorstoß von etwa 100 Polizisten bei Spergau zum Stehen gebracht.

Die für die Polizeiprovokation Verantwortlichen hatten erkannt, daß die Kampfkraft der Leuna-Arbeiter und die Ausstrahlung, die von Leuna auf die Werktätigen im Regierungsbezirk ausging, zum größten Hindernis für die Realisierung ihrer Pläne geworden war. Sie bereiteten daher einen überraschenden Angriff auf das Werk vor. Nach der Zerschlagung zahlreicher bewaffneter Arbeitergruppen waren sie jetzt wieder in der Lage, eine größere Anzahl von Polizeihundertschaften für eine solche Aufgabe zu konzentrieren. Die Kommandeure der im Regierungsbezirk Merseburg operierenden Polizeihundertschaften wurden daher angewiesen, Angriffsvorbereitungen gegen das Leuna-Werk einzuleiten. In der »Anweisung für den Angriff nach Orientierung der Örtlichkeit«, die mit dem Angriffsbefehl am 28. März 1921 abgefaßt worden war, hieß es: »Das Werk ist von einem Holzzaun umgeben, der 2 m hoch ist. Es gibt nur einen

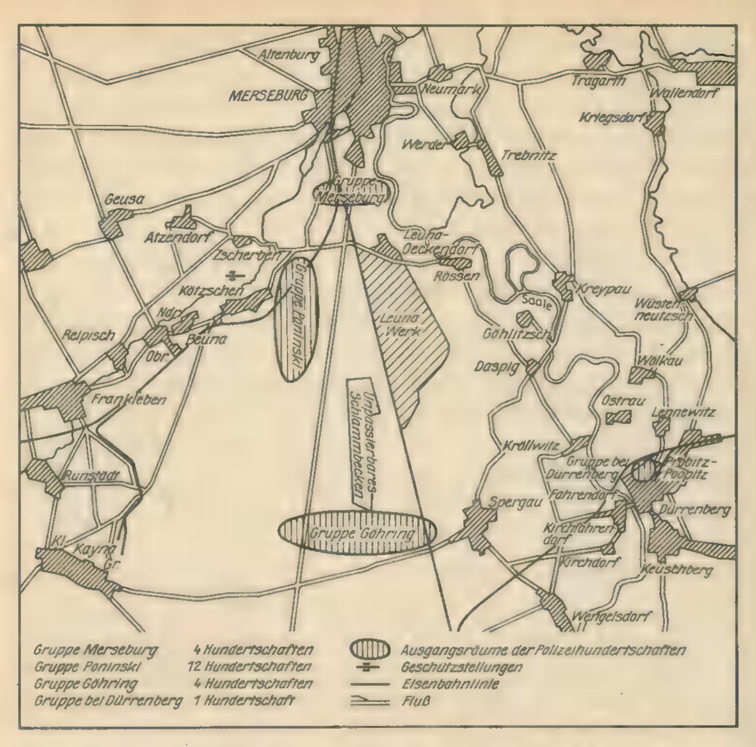


Haupteingang in das Werk. Am Bahnhof westlich des Zaunes befindet sich der größtenteils aufgeschüttete Bahndamm, der in diesen Tagen besetzt ist. Es kommt darauf an, auf die Einbruchsstelle (Haupteingang) ein kräftiges Schnellfeuer von Artillerie und Minenwerfern zu legen.« Der Angriff sollte danach gleichzeitig gegen den Bahndamm und den Haupteingang sowie südlich und nördlich davon stattfinden.

Am Abend des 28. März erhielten die inzwischen nach Leuna herangeführten 21 Polizeihundertschaften den Befehl, bis zum 29. März, gegen 5 Uhr, die Ausgangsstellungen zu beziehen. Nördlich des Werkes gingen 4, östlich eine, südlich 4 und westlich davon 12 Polizeihundertschaften in Stellung. Die Feldhaubitzenbatterie der Reichswehr bezog mit 4 Geschützen Stellungen zwischen Zscherben und Kötzschen sowie südwestlich davon in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs. Die Bereitstellung von 2 Geschützen am Bahnhof Kötzschen machte sich erforderlich, da von der Höhe südlich von Zscherben ein direkter Beschuß des Haupteingangs nicht möglich war. Gegen 6 Uhr hatten die Hundertschaften das Leuna-Werk nahezu umschlossen und waren zum Sturm bereit.

Im Verlauf des 28. März erkannten die Funktionäre des Betriebsrates und des Aktionsausschusses — auf der Grundlage verschiedener Meldungen — die für die Arbeiter im Werk entstandene bedrohliche Lage. Sie beschlossen nach mehreren Beratungen, auf einen Widerstand zu verzichten. Denn die Unterlegenheit der Arbeiter an Waffen und die Tatsache, daß sie faktisch eingeschlossen waren, konnte nur zu unnötigem Blutvergießen führen. Die Arbeiterfunktionäre unternahmen deshalb auch nichts dagegen, als ein großer Teil der bewaffneten Arbeiter versuchte, in der Nacht zum 29. März den relativ schwachen Einschließungsring östlich des Werkes zu durchbrechen und sich über die Saale in Sicherheit zu bringen. Dieses Vorhaben gelang auch einigen kleineren Gruppen, da die südöstlich des Werkes bei Dürrenberg eingesetzte Polizeihundertschaft nicht in der Lage war, das fast zwei Kilometer breite Gebiet zwischen Merseburg und Dürrenberg hermetisch abzuriegeln.

Nachdem der Beschluß über den Verzicht auf bewaffneten Widerstand gefaßt worden war, verständigten Beauftragte des Betriebsrates und des Aktionsausschusses sofort die Direktion da-




Ausgangsräume der Polizeihundertschaften für den Angriff auf das Leuna-Werk. 28./29. März 1921

von und baten sie darum, diese Entscheidung der Polizeiführung mitzuteilen. Die Direktion lehnte das jedoch ab und drängte den Kommandeur der Polizeihundertschaften sogar noch, keinesfalls darauf zu verzichten, das Werk zu stürmen.

Am 29. März 1921, 6.50 Uhr, leitete der Beschuß des Haupteingangs den Angriff auf das Leuna-Werk ein. Nach etwa 20 Schuß verlegte der Batteriechef das Artilleriefeuer in das Werksinnere, vor allem auf die Wohnbaracken. Dabei bestand sogar die Gefahr, Ammoniakbehälter zu treffen und hierdurch Explosionen und das Ausströmen von giftigen Gasen auszulösen. Unter dem Feuerschutz der Reichswehr, die insgesamt etwa 70 Schuß abgab, arbeiteten sich die Polizisten so weit an das Werk heran, daß sie gegen 8 Uhr mit dem Sturm beginnen konn-



ten. Der Widerstand der Arbeiter war nur schwach. Aus einem im südwestlichen Abschnitt des Werkes gelegenen dreistöckigen Gebäude erhielt die Polizei heftiges Gewehrfeuer. Einige bewaffnete Arbeitergruppen beschossen die angreifende Polizei aus den nahe am Werk gelegenen Dörfern Leuna-Ockendorf und Rössen. Energisches Abwehrfeuer schlug den angreifenden Polizisten auch aus dem südlichen Teil des Werkes und aus dem Wasserkraftwerk bei Daspig entgegen. Als es den Polizisten schließlich gelungen war, in das Werkgelände einzudringen, stießen sie nur noch auf vereinzelten Widerstand. Dennoch ging die Polizei rücksichtslos gegen die Arbeiter vor und erschoß viele, so daß die Zahl der auf diese Weise getöteten Arbeiter wesentlich die der im Kampf gefallenen überstieg. Genaue Angaben hierzu sind jedoch nicht möglich, da die vorliegenden Meldungen über die Anzahl der Toten auf seiten der Arbeiter zwischen 30 und 70 schwanken. Dagegen verloren die Polizeihundertschaften nur einen Toten und mehrere Verwundete.

Die Polizisten nahmen etwa 1 700 Arbeiter innerhalb und außerhalb des Leuna-Werkes fest und sperrten sie in zwei leerstehende Silos, Materialspeicher des Werkes, ein. Die 50 Meter langen, 30 Meter breiten und 20 Meter hohen Silos hatten keine Fenster und nur Betonfußboden. Hier mußten sich die Gefangenen tagelang bei kärglicher Verpflegung aufhalten und wurden von dort aus zu Verhören geschleppt. Um die Gefangenen aus dieser qualvollen Lage zu befreien, drangen in der Nacht zum 30. März 1921 vier junge Arbeiter in das Werkgelände ein. Sie beabsichtigten, die Wachen zu überrumpeln, Maschinengewehrschützen auf den Brücken kampfunfähig zu machen und danach so viele Gefangene wie möglich zu befreien. Der kühne Plan scheiterte jedoch im letzten Augenblick. Die Polizisten entdeckten die jungen Arbeiter, unter ihnen die Jungsozialisten Johannes Ludy und Albert Steinbrück, und erschossen sie »auf der Flucht«.

Sie und sieben weitere ermordete Arbeiter des Leuna-Werkes wurden auf dem Gänseanger von Leuna-Kröllwitz in der Hoffnung verscharrt, hierdurch die gemeuchelten Arbeiterkämpfer dem Vergessen preiszugeben. Doch bereits am 1. Mai 1921 lag ein Kranz mit roter Schleife auf dem Grabhügel. Im März 1922 zogen Arbeiter aus dem Kreis Merseburg zu Ehren der gefalle-

nen Klassenbrüder nach Kröllwitz. Seither fanden hier bis zur Errichtung der faschistischen Diktatur jedes Jahr im März Gedenkkundgebungen statt.

Mit der Erstürmung des Leuna-Werkes fiel der letzte größere Stützpunkt der bewaffneten Arbeiter im Regierungsbezirk Merseburg. Die jetzt folgenden bewaffneten Auseinandersetzungen ergaben sich zumeist aus dem Zusammentreffen von Polizeiformationen mit einzelnen und zersplittert handelnden bewaffneten Arbeitergruppen.

## Letzter Widerstand

Am Morgen des 29. März 1921 stießen die bewaffneten Arbeiter, die einen Tag zuvor Bitterfeld verlassen hatten, bei Gröbers, das etwa 10 Kilometer südöstlich von Halle liegt, auf andere kleinere Gruppen von Arbeiterkämpfern und vereinigten sich mit ihnen. Der Zusammenschluß war noch nicht beendet, als Beobachtungsposten der Arbeiter kurz nach 10 Uhr den Anmarsch einer Polizeihundertschaft meldeten. Sie wurde beim näheren Herankommen als eine Technische Hundertschaft identifiziert, die aus 4 Polizeioffizieren und 83 Polizeiwachtmeistern bestand und mit 2 Maschinengewehren und einem Minenwerfer von Halle her anrückte. Vom Kommando der Schutzpolizei Halle hatte die Hundertschaft den Befehl erhalten, die bewaffneten Arbeiter aus Gröbers zu vertreiben.

Unter der Leitung des VKPD-Mitglieds Pitter aus Holzweißig organisierten die Arbeiter beschleunigt ihre Verteidigung. Sie brachten Maschinengewehre in Richtung Dorfausgang zur Straße Halle—Gröbers und auf den nordöstlich bzw. nordwestlich des Ortes verlaufenden Bahndämmen in Stellung. Ein Maschinengewehr bauten sie an der Chaussee Halle—Gröbers, ein weiteres nördlich vom Chausseehaus und ein Maschinengewehr wiederum nördlich davon im Förderturm auf. Der größte Teil der bewaffneten Arbeiter ging am Dorfausgang in Richtung Halle, bei der Grube Klara und in der Nähe von Benndorf in Stellung, so daß sich die bewaffneten Arbeiter halbkreisartig gegen die anmarschierenden Polizisten gruppierten. Als 2 Züge der Polizeihundertschaft etwa 500 Meter vor dem Ort ausschwärmten und zum



Angriff übergingen, zwang sie das heftig einsetzende Feuer der Arbeiter nieder, wobei diese die Bewegungen der Polizisten in dem fast deckungslosen Gelände gut erkennen und bekämpfen konnten. Die Polizeihundertschaft erlitt beträchtliche Verluste, ihr Angriff geriet ins Stocken und schlug in panikartige Flucht um, als die Polizisten in ihrem Rücken von einem Maschinengewehr beschossen wurden. Eine Gruppe bewaffneter Arbeiter hatte sich in einem unter der Straße hindurchführenden Schacht versteckt und zu einem günstigen Zeitpunkt das Feuer eröffnet. In diesem erbitterten Kampf verloren die Polizisten 2 Offiziere und 8 Wachtmeister, 2 Lastkraftwagen und zahlreiche Waffen.

Das Gefecht bei Gröbers gehört zu den Höhepunkten des bewaffneten Abwehrkampfes der mitteldeutschen Arbeiter im März 1921. War es ihnen doch hier erstmals in größerem Ausmaß gelungen, einem zahlenmäßig und an Bewaffnung überlegenen Gegner durch hohe Kampfmoral und geschicktes Verhalten im Gelände sowie unter Nutzung des Überraschungsmoments einen schweren Schlag zuzufügen.

Die Führung der Polizeihundertschaften im Regierungsbezirk Merseburg zog aus den Kämpfen bei Gröbers die Schlußfolgerung, künftig nur noch mit relativ starken Polizeikräften Streifzüge durch die von ihr noch nicht »befriedeten« Gebiete zu unternehmen. Hierbei konnte sie sich insbesondere auf die bisher gegen die Leuna-Arbeiter eingesetzten Polizeihundertschaften stützen. Für die neuen Aufgaben gruppierte die Polizeiführung ihre Kräfte im Regierungsbezirk um. Sie schuf drei Zentren für die Konzentrierung der Hundertschaften: Gruppe Halle (12 Hundertschaften), Gruppe Merseburg (14 Hundertschaften) und Gruppe Eisleben (6 Hundertschaften). Als Reserve dienten zwei kleinere Polizeigruppierungen. Die eine befand sich in Naumburg mit 3 Hundertschaften, die andere in Weißenfels (4 Hundertschaften).

In den nächsten Tagen unternahm die Polizei zahlreiche Streifzüge gegen die Arbeiter des Regierungsbezirks. Dabei stieß eine Abteilung, bestehend aus der 5. und 8. Polizeihundertschaft und der berittenen Hundertschaft aus Erfurt — insgesamt 240 Polizisten —, in den frühen Morgenstunden des 31. März 1921 vor Bachra (Kreis Eckartsberga) auf bewaffnete Arbeiter. Den Polizisten gelang es, einen Sicherungsposten der Arbeiter zu überrum-

peln, gegen den Ort vorzudringen und ihn einzuschließen. In Anbetracht der herrschenden Dunkelheit, die Ereignisse spielten sich zwischen 3 und 4 Uhr ab, beschränkten sich die Polizisten auf den Beschuß des Ortes. Trotz der Polizeiübermacht konnte sich jedoch ein großer Teil der bewaffneten Arbeiter in nördlicher Richtung zum nahegelegenen Wald zurückziehen. Als die Polizisten in der Morgendämmerung Bachra stürmten, stießen sie ins Leere.

Zur letzten größeren bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Arbeitergruppen und Polizisten kam es am Nachmittag des 1. April 1921 in Beesenstedt, das 14 Kilometer nordwestlich von Halle liegt. Hier befanden sich zu diesem Zeitpunkt etwa 200 bewaffnete Arbeiter, unter ihnen auch Max Hoelz mit Angehörigen seiner Gruppe. Ihr Ziel war es, bis nach Mansfeld vorzudringen, die Waffen zu verstecken und dann auseinanderzugehen.

Nach 13 Uhr, als die Arbeiter gerade rasteten, stieß die Spitze der Polizeihundertschaften auf ihre Sicherungsposten. Folgende Situation entstand: 2 Polizeihundertschaften marschierten auf der Straße, von Oberrißdorf kommend, in Richtung Schwittersdorf (südwestlich von Beesenstedt). 2½ Hundertschaften, durch 2 Geschütze einer Halbbatterie der Reichswehr verstärkt, näherten sich von Dölau aus auf der Straße dem Ort Wettin (nordöstlich von Beesenstedt). Dort sperrten die Polizisten die Saaleübergänge und besetzten eine Höhe südlich von Zaschwitz. Nach diesem Aufmarsch gingen die Polizeihundertschaften in einer Zangenbewegung vor und versuchten, die bewaffneten Arbeiter einzuschließen.

Um dem zu entgehen, beschlossen die Kommandeure der Arbeiterformationen, kleinere Gruppen zu bilden, die versuchen sollten, die Reihen der Polizeihundertschaften zu durchbrechen. Einer dieser Kommandeure, Max Hoelz, schreibt in seinen Erinnerungen über den danach folgenden Kampf: Als sich die Polizeiformationen seiner Gruppe näherten, »brachten wir unsere Maschinengewehre in Stellung und fanden geeignete Deckung hinter dem Bahndamm einer kleinen Werkbahn. Wir hatten kaum Deckung genommen, als bereits die ersten Granaten und Schrapnells in unsere Reihen platzten. Die Arbeitersoldaten verteidigten sich gegenüber dem überraschenden Angriff mit Todesverachtung und beispiellosem Mut; bei unserem Mangel an Munition aber war ein längerer Kampf aussichtslos.« Der größte Teil der bewaffneten Arbeiter vermochte sich zu retten, zurück blieben 18 Tote. 19 Arbeiter gerieten in Gefangenschaft.



Nach den Kämpfen bei Beesenstedt entwickelten sich nur noch vereinzelt bewaffnete Zusammenstöße zwischen kleinen Gruppen bewaffneter Arbeiter und Polizeiformationen, so Anfang April 1921 im Geiseltal, im Raum Kütten-Löbejün und im Unstruttal. Während ihres Verlaufs lösten sich die letzten bewaffneten Arbeitergruppen im Regierungsbezirk Merseburg auf.

Obwohl der bewaffnete Abwehrkampf der Arbeiter Ende März 1921 abgeflaut und schließlich ganz eingestellt worden war, zeigten einige Reichswehrformationen eine auffällige Aktivität. Damit sollte es den Schutzpolizeiformationen ermöglicht werden, wieder in ihre alten Standorte zurückzukehren, wo sie dringend erwartet wurden. Außerdem hatten die Reichswehreinheiten die Aufgabe, den Ring um das Kampfgebiet noch enger zu ziehen. Mit diesem Auftrag rückten Reichswehrformationen am 29. März in Naumburg sowie am 30. März in Aschersleben, Bitterfeld, Delitzsch und Sangerhausen ein.

Andere Reichswehreinheiten besetzten kleinere Orte oder Gebiete. Am 31. März drang ein Detachement (2 Bataillone, eine Eskadron und eine Batterie) in den Kreis Liebenwerda ein und kontrollierte am 1. April das Industriegebiet Mückenberg—Bockwitz—Leipich. Hier streikte die Mehrheit der Arbeiter seit dem 26. März — allein in Lauchhammer waren es 13 000 Arbeiter —, und bewaffnete Arbeiter hatten in Lauchhammer den Bahnhof unter Kontrolle genommen. Mückenberg und Bockwitz, Zentren der VKPD in diesem Gebiet, befanden sich zu dieser Zeit in der Hand der streikenden und bewaffneten Werktätigen. Erst der Einmarsch der Reichswehr entriß ihnen diese Positionen.

Unterstützt durch diese Aktionen der Reichswehr, gelang es der Schutzpolizei Ende März/Anfang April 1921, die letzten bewaffneten Arbeitergruppen zu zerschlagen. In dieser Zeit ließ auch die Streikbereitschaft vieler Werktätiger nach. Die Zentrale der VKPD rief daher am 1. April die mitteldeutschen Arbeiter auf, den Streik zu beenden. Sie stellte in ihrem Aufruf fest, daß der Kampf gegen die Reaktion jedoch weitergehe. Zugleich wies die Zentrale darauf hin, daß es dabei von größter Bedeutung sei, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen: »Arbeiter der

SPD und der USP! Arbeiter! Angestellte! Klassengenossen! In diesen Kämpfen wird uns die gemeinsame Not, das Wirken der Konterrevolution zusammenschweißen.«

Wie berechtigt diese Mahnung war, zeigte der in den Städten und Dörfern Mitteldeutschlands wütende Terror der Reaktion. Mehr als 6 000 Männer, Frauen und Jugendliche wurden verhaftet, von denen nach wochenlanger Kerkerhaft 1 500 wieder freigelassen werden mußten. Alle anderen Inhaftierten kamen vor die Ende März 1921 gebildeten außerordentlichen Gerichte, die oftmals schon wegen geringer Unterstützung des Abwehrkampfes hohe Freiheitsstrafen verhängten. Insgesamt wurden 5 Arbeiter, unter ihnen Max Hoelz, zu lebenslänglichem Zuchthaus, 451 zu Zuchthausstrafen von mehreren Jahren, 2 752 zu Gefängnis, 48 zu Festungshaft und 96 zu Geldstrafen verurteilt. Besonders schändlich waren die Morde an wehrlosen Gefangenen, deren Umfang nie genau ermittelt werden konnte. 145 Arbeiter fielen während der Märzkämpfe des Jahres 1921.

Eine große Zahl dieser Opfer und Verurteilten gehörte der VKPD an, gegen sie richtete sich der ganze Haß der Reaktion. Doch ihr Hauptziel konnte sie auch durch Terror nicht erreichen. Es war nicht gelungen, die VKPD im Regierungsbezirk Merseburg zu zerschlagen. Obwohl dort fast alle Ortsgruppen der VKPD während des Abwehrkampfes Funktionäre verloren hatten, Hetze und Verfolgung den Masseneinfluß der VKPD zunächst beeinträchtigten, arbeitete die Partei weiter.

Der Streik von fast 150 000 Werktätigen und der bewaffnete Kampf Hunderter Arbeiter Mitteldeutschlands bot im März 1921 der Reaktion entschieden Paroli und half, die Errungenschaften der Novemberrevolution 1918/19 zu sichern

Der bewaffnete Abwehrkampf der mitteldeutschen Arbeiter brachte bedeutende Teilerfolge. An verschiedenen Stellen gelang es, den Vormarsch der Polizei zu verzögern oder sogar zeitweilig aufzuhalten und den Polizeiformationen empfindliche Verluste zuzufügen. Die mit starken Repressionskräften durchgeführte Provokation wurde für die Polizei kein »Spaziergang«. Im Gegenteil, die herrschenden Kreise sahen sich angesichts des machtvollen Streiks und des bewaffneten Abwehrkampfes gezwungen, zusätzlich 18 Polizeihundertschaften aus Berlin, Düsseldorf,



Hannover und Münster in den Regierungsbezirk Merseburg heranzubeordern.

Zu den bedeutendsten Ergebnissen der bewaffneten Abwehrkämpfe zählt die Entstehung zahlreicher Gruppen bewaffneter Arbeiter, die in ihrer Mehrzahl an die Traditionen der Volkswehrbewegung in der Novemberrevolution 1918/19 und des Abwehrkampfes gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920 anknüpften. Es ist daher auch nicht zufällig, daß sich im März 1921 vorrangig dort bewaffnete Arbeitergruppen bildeten, wo sich — wie in Bitterfeld, Eisleben, Hettstedt, Teutschenthal und anderen Orten — Arbeiter auch schon 1918/19 und 1920 zum Kampf gegen Imperialismus und Militarismus mit der Waffe in der Hand zusammengefunden hatten. Die personelle Stärke der Arbeiterformationen schwankte stark, sie betrug im Durchschnitt 20 bis 50 Mann. Abteilungen von über 100 Mann blieben die Ausnahme. In der Mehrzahl entstanden diese Gruppen spontan. Ihre Bewaffnung war unzureichend. Die ingesamt mehr als 3 000 Angehörigen der bewaffneten Arbeiterformationen verfügten über höchstens 1 500 Gewehre bzw. Pistolen. Nur wenige Gruppen, beispielsweise die unter Leitung von Max Hoelz stehende, konnten ihre Beweglichkeit durch Personen- und Lastkraftwagen erhöhen. Gut entwickelt hatten sich der Rote-Kreuz-Helfer-Dienst sowie die Benachrichtigung, die vorrangig mit Hilfe von Radfahrern organisiert wurde. Große Schwierigkeiten bereitete dagegen die Versorgung mit Lebensmitteln und Munition.

Gestützt auf ihre im ersten Weltkrieg erworbenen militärischen Kenntnisse und die in den bewaffneten Kämpfen der Jahre 1918 bis 1920 gesammelten Erfahrungen, versuchten die Arbeiter, sich dem konkreten Kräfteverhältnis und den jeweiligen örtlichen Bedingungen anzupassen. Sie mieden zumeist Gefechte auf offenem Feld und kämpften vorzugsweise in kleineren Gruppen, um den Gegner zur Zersplitterung seiner Kräfte zu zwingen. Häufig griffen die Arbeiter überraschend an, lockten den Gegner in Hinterhalte, zogen sich bereits nach kurzem Feuerwechsel zurück. Diese variable Kampfweise, das geschickte Ausnutzen geographischer Besonderheiten — vor allem der Höhenzüge und Halden im Mansfelder Gebiet — und das enge Zusammenwirken mit großen Teilen der Bevölkerung brachten den Arbeiterkämpfern oftmals Vorteile.

Die Mehrzahl der in den bewaffneten Arbeitergruppen Kämpfenden zeichnete sich durch vorbildliche Disziplin und Opferbereitschaft aus. Viele, uns heute namentlich meist unbekannte Arbeiter, standen tapfer und selbstlos ihren Mann. Die Märzkämpfe des mitteldeutschen Proletariats im Jahr 1921 brachten zahlreiche politisch kluge und militärisch talentierte Arbeiterkommandeure hervor. Zu den bekanntesten von ihnen zählen solche Persönlichkeiten wie Otto Gebenroth, Friedrich Märker, Josef Schneider und Gerhard Thiemann. Sie und viele andere zeichneten sich neben militärischem Können durch Treue zur Arbeiterklasse, Mut und Einsatzbereitschaft aus. Hervorragende Kämpfer waren auch Otto Ackermann, Kurt Herzau, Willi Kretzschmar, Walter Lederer, Johannes Ludy, Paul Müller und Albert Steinbrück. Sie gaben ihr Leben für die Ziele der revolutionären Arbeiterbewegung.

Die VKPD, die als einzige Partei konsequent an der Seite der Streikenden und der mit der Waffe kämpfenden Arbeiter gestanden hatte, zog in längeren Diskussionen wichtige Schlußfolgerungen aus den Märzkämpfen 1921 für ihre weitere Strategie und Taktik. Sie bildeten sich in prinzipieller Auseinandersetzung mit den linksradikalen Kräften in der Parteiführung heraus, die ihr Drängen auf Aktionen gegen den Polizeieinmarsch mit Anschauungen verteidigten, die sie immer mehr zu einer »Offensivtheorie« ausbauten. Danach könne die Arbeiterklasse zu »offensiven Handlungen« übergehen, ohne das reale politische Kräfteverhältnis und die Haltung der Mehrheit der Arbeiterklasse, die sich zu dieser Zeit vorrangig nach der SPD richtete, zu berücksichtigen. Die »Theorie« barg die Gefahr in sich, daß die VKPD in Widerspruch zu den tatsächlichen Gegebenheiten der Klassenauseinandersetzungen geriet und dem notwendigen Zustandekommen der Aktionseinheit schadete. Die Offensivtheorie hinderte zahlreiche Funktionäre der VKPD daran, die realen Wege zur Gewinnung der Mehrheit der Werktätigen, die Voraussetzung für den Sieg über den Klassengegner, zu erkennen. Zu diesem wichtigen Problem nahm der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale auf seiner Tagung im Juni/Juli 1921 unter aktiver Mitwirkung von W. I. Lenin Stellung und half damit auch der VKPD, die Schädlichkeit der Offensivtheorie zu begreifen.

Seine Losung »Heran an die Massen!« griff die Führung der



VKPD auf. Ihr Parteitag von Ende August 1921 bewies, daß die führenden Kräfte dieser Partei begriffen hatten: Diese Aufgabe war nur zu verwirklichen, wenn an die Tagesforderungen der Werktätigen angeknüpft wurde. Als große Hilfe dabei erwies sich der »Brief an die deutschen Kommunisten«, den W. I. Lenin am Vorabend des Jenaer Parteitages an die Führung der VKPD geschrieben hatte. Lenin nahm darin zu den Märzereignissen 1921 Stellung und forderte mit Nachdruck, die Beschlüsse des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale durchzusetzen, die er als eine wichtige Voraussetzung für das weitere Voranschreiten der deutschen Kommunisten ansah. Eindringlich mahnte er: »Kaltes Blut und Standhaftigkeit zu bewahren; systematisch die Fehler der Vergangenheit korrigieren; unaufhörlich darauf bedacht sein, die Mehrheit der Arbeitermassen sowohl in den Gewerkschaften als auch außerhalb der Gewerkschaften zu erobern; geduldig eine starke und kluge kommunistische Partei aufbauen, die fähig ist, bei allen und jeglichen Wendungen der Ereignisse die Massen wirklich zu führen; sich eine Strategie auszuarbeiten, die der besten internationalen Strategie der (durch die jahrhundertelange Erfahrung im allgemeinen und durch die ›russische Erfahrung‹ im besondern) ›am meisten aufgeklärten‹ fortgeschrittenen Bourgeoisie gewachsen ist — das ist es was man tun muß, und was das deutsche Proletariat tun wird, was ihm den Sieg garantiert.«

Ausgehend von den eigenen Erfahrungen, den Beschlüssen des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale und den Ratschlägen W. I. Lenins, knüpfte die KPD wieder an ihre Politik des »Offenen Briefes« an. Im Bezirk Halle—Merseburg der VKPD spiegelte sich das unter anderem in einem Aufruf der Bezirksleitung von Anfang September 1921 an die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kriegsopfer und Arbeitslosen wider. Der dazugehörige »Offene Brief« — schon diese Bezeichnung sollte programmatisch sein — an das Gewerkschaftskartell schlug Sofortmaßnahmen vor, beispielsweise den verstärkten Kampf für die Erhöhung der Löhne, setzte sich entschieden für die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse ein.

Die Lehren, die sich aus den Märzkämpfen des Jahres 1921 ergaben, wurden zu einem wichtigen Bestandteil der sich nunmehr entwickelnden Einheitsfrontpolitik der deutschen Kommu-

nisten und beeinflußten die weitere Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung. Sie bestätigten der internationalen kommunistischen Bewegung, wie richtig die Politik des »Offenen Briefes« war, und förderten damit die Bereitschaft in den Parteien der Kommunistischen Internationale, diese Politik auf die spezifischen Bedingungen ihres Kampfes anzuwenden. Zugleich halfen sie den anderen kommunistischen Parteien, eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Anhängern der Offensivtheorie zu führen. Die Kommunistische Internationale appellierte auf ihrem III. Kongreß, von den Erfahrungen der Märzkämpfe 1921 in Deutschland ausgehend, an die Arbeiter aller Länder, sich nicht provozieren zu lassen und entscheidenden Kämpfen so lange auszuweichen, bis die Masse der Werktätigen hinter den Kommunisten stehe. Die Gewinnung der Massen aber setze den Kampf für die Grundforderung der Werktätigen voraus, und nur hierdurch könne die Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen Imperialismus und Militarismus geschaffen werden.

Die KPD bemühte sich in der Folgezeit, nach diesen Erkenntnissen zu handeln. Hierbei rückte der Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse, um die Erfüllung der Tagesforderungen der Werktätigen und das Ringen um ein einheitliches Handeln der Arbeiterklasse zur Abwehr der Angriffe des Monopolkapitals immer stärker in den Vordergrund.